Landsleute, helft Bezieher für das „Ostland“ werben!

„Was wir verloren haben, darf nicht verloren sein!“

Ostland

Wochenschrift für die gesamte Ostmark

Herausgegeben von E. Ginschel u. Dr. Franz Lüdtke in Berlin. Verlag Deutscher Ostbund E. V., Berlin W. 30.

Erscheint wöchentl. einmal. **Bezug:** Durch die Post vierteljährl. 1.50 M. **Einzelnummer** 20 Pf. u. 5 Pf. Postgebühr. **Anzeigenpreis:** Für jeden Millimeter Höhe der 6gespalt. Zeile 30 Pf., bei Familien-, Ortsgruppen- u. Stellen-Anz. 20 Pf., bei Anz. im Anschluß an den Text auf Textbreite 1.20 M.

Nr. 9. | Berlin, 24. Februar 1933. | 14. Jahrg.

Kasimir auf der „Ostpreußen“-Suche.

„Die Insellage Ostpreußens steht keineswegs einzig in ihrer Art da“, sagt Kasimir Smogorzewski in seinem Buche „La Poméranie Polonaise“; „es gibt in der Welt nicht weniger als ein Dutzend Provinzen, Städte oder Gemeinden, deren Einwohner sich über dieselbe Abschnürung (vom Mutterlande wie die Ostpreußen) beklagen und ebenso (wie diese) eine Abänderung ihrer unerträglichen Lage beanspruchen könnten.“ Im Anschluß an diese etwas kühne Behauptung führt Smogorzewski eine ganze Liste von Fällen an, in denen er Gebiete entdeckt haben will, die sich, wie er behauptet, in einer ähnlichen Situation wie das vom Reiche durch den Korridor abgetrennte Ostpreußen befinden. Es lohnt sich, dem polnischen Propagandisten auf seiner „Ostpreußen“-Suche rund um den Erdball zu folgen; denn die Beispiele, die er da anführt, sind kennzeichnend für die absonderlichen Beweismethoden, deren sich die polnische Propaganda bei der Abwehr der deutschen Kritik an den Versailler Ostgrenzen bedient.

Das erste Beispiel der Smogorzewskischen „Ostpreußen“-Liste, ein Beispiel, das er offenbar für besonders einleuchtend hält, ist Seeflandern, der südlich der Scheldemündung gelegene holländische Landesteil, der keine über holländisches Hoheitsgebiet führende Landverbindung mit den übrigen Niederlanden besitzt: die Bahn von Terneuzen nach Rotterdam führt über das belgische Antwerpen. Es geht aber nicht an, diesen Weg über Antwerpen als „belgischen Korridor“ zu bezeichnen und als solchen mit dem polnischen Weichselkorridor in eine Reihe zu stellen, denn Seeflandern, das Smogorzewski mit Ostpreußen vergleichen möchte, ist nur ein kleines Gebiet mit kaum ein paar Dutzend Gemeinden, und vor allem ist es keineswegs, wie das bei Ostpreußen der Fall ist, durch fremdes Hoheitgebiet von seinem Mutterlande getrennt, sondern es liegt im geschlossenen Raume des niederländischen Hoheitsgebietes, mit dem übrigen Holland durch die nur wenige Kilometer breite Scheldemündung verbunden. Seeflandern befindet sich hinsichtlich seiner Inlandsverbindung mit dem übrigen Holland in derselben Lage wie etwa die Inseln des Maasdeltas oder die westfriesischen Inseln. übrigens begibt sich Smogorzewski, indem er Seeflandern mit Ostpreußen vergleicht, auf einen für die polnische Propaganda recht gefährlichen Boden. Man kann die holländisch-belgische Situation an der Scheldemündung nämlich auch von einer anderen Seite betrachten: Man könnte — um im Smogorzewskischen Bilde zu bleiben — das belgische Antwerpen und sein Hinterland mit Polen vergleichen, und zwar mit einem Polen, das keinen territorialen Zugang zum Meere besitzt; und man könnte dann feststellen, daß sich Antwerpen mit seinem Hinterland recht gut entwickelt hat, obwohl es durch holländisches Gebiet vom offenen Meere getrennt ist und zu diesem nur einen vertraglich gesicherten Zugang besitzt. Da Smogorzewski nun selber sagt, daß diese „künstliche“ Regelung „keineswegs die enorme Entwicklung des Wohlstandes Belgiens und Hollands gehemmt hat“, muß man sich fragen, warum sich die Polen dann so sehr gegen die Rückgabe ihres Ostseezuganges an Deutschland auflehnen, wo sie doch am Antwerpener Beispiele sehen, daß es auch ohne ihn geht.

Smogorzewski zählt außer Seeflandern in Europa noch fünf weitere „Ostpreußen“-Vorkommen auf. In vier von diesen Fällen handelt es sich lediglich um einzelne Gemeinden, die nahe der Grenzen des Staates, zu dem sie politisch gehören, als kleine Enklaven in fremdes Hoheitsgebiet eingesprengt sind. Es liegt auf der Hand, daß ein einzelner kleiner Ort nicht mit einer von mehreren Millionen Menschen bewohnten Provinz auf eine Stufe gestellt werden kann. Smogorzewski scheint für das Groteske seiner hinkenden Vergleiche gar kein Verständnis zu haben; er scheint gar nicht zu empfinden, wie sehr er die Einzigartigkeit der isolierten Lage Ostpreußens hervorhebt, wenn er sie dadurch zu bagatellisieren versucht, daß er feststellt, daß ja auch die Gemeinde Bar-le-Duc, eine belgische Enklave in Holland, räumlich von ihrem Mutterlande getrennt sei und daß es auch in der Schweiz zwei fremdstaatliche Enklaven gibt — die deutsche Gemeinde Büsingen bei Schaffhausen und das italienische Dorf Campione am Luganer See. Wenn man sich eine gute Landkarte vornimmt, wird man mit einiger Mühe diese Smogorzewskischen „Ostpreußen“ finden. Wenn man dann auf dieser Karte die spanisch-französische Pyrenäengrenze absucht, wird man dicht an der Grenze auf der französischen Seite ein in spanischer Farbe eingezeichnetes Fleckchen entdecken, eine kleine Gemeinde namens Llivia, die seit 1659 eine spanische Enklave in Frankreich bildet. In diesem weltvergessenen Bergnest, von dem unter 1000 Franzosen vielleicht mal einer etwas gehört haben mag, glaubt Smogorzewski ein weiteres „Ostpreußen“ gefunden zu haben. Man gönnt ihm gewiß die Entdeckerfreude, die ihn bei der Auffindung Bar-le-Ducs, Büsingens, Campiones und Llivias erfüllt haben mag; aber fragen muß man ihn doch, warum er, der diese vier kleinen Gemeinden mit dem großen Ostpreußen vergleicht, die ganz in der Nähe von Llivia gelegene Bergrepublik Andorra in die Liste seiner komischen Vergleiche einzusetzen vergißt. Wenn nämlich Llivia ihm — was die Trennung vom spanischen Mutterlande anlangt — so viel wie Ostpreußen gilt, dann müßte für ihn doch Andorra, das immerhin aus einer ganzen Reihe von Dörfern besteht, eine eigene Hauptstadt besitzt und sogar ein recht originelles Parlamentsgebilde aufweist, als ein „klassischer Beweis“ dafür gelten, daß ein Staat auch, ohne einen eigenen territorialen Zugang zum Meer zu besitzen, schlecht und recht zu gedeihen und sogar die Jahrhunderte zu überdauern vermag. Daß Smogorzewski Andorra unerwähnt läßt, ist zum mindesten ein Mangel an Konsequenz.

Es gibt übrigens auch an der Versailler Ostgrenze ein Stückchen Land, das sich in einer ähnlichen Situation wie diese von Smogorzewski mit Ostpreußen verglichenen Orte befindet. Mit dem Memelland ist auch der nördliche Teil der Kurischen Nehrung mit den Dörfern Nidden und Schwarzort vom Deutschen Reiche losgetrennt worden. Die beiden Orte sind auf dem Landwege nur über fremdes (nämlich deutsches) Hoheitsgebiet von dem Staate, zu dem sie heute politisch gehören, nämlich von Litauen, aus zu erreichen, nicht anders als Campione oder Seeflandern. Aber niemand wird auf den Gedanken kommen, Nidden und Schwarzort mit Ostpreußen auf eine Stufe zu stellen. Merkwürdigerweise ist den Späherblicken Smogorzewskis gerade dieses, an sich doch recht naheliegende Beispiel entgangen. Die Komik seiner Vergleiche ist ihm hier wohl zu offensichtlich gewesen.

Auch das dalmatische Zara, das seit dem Kriege zu Italien gehört, muß als Beweis dafür herhalten, daß, wie Smogorzewski sich

ausdrückt, „die Insellage Ostpreußens in ihrer Art nicht einzig dasteht“. Wie steht es mit Zara? Die Stadt ist nicht, wie Ostpreußen, gewaltsam von ihrem Mutterlande abgetrennt, sondern gerade umgekehrt von Italien aus einem anderen Staate herausgelöst worden, um der italienischen Adriapolitik als politischer und militärischer Stützpunkt zu dienen. Das Beispiel Zaras auf die Ostsee übertragen, würde etwa bedeuten, daß die Hafenstadt Windau aus dem lettischen Staatsverband herausgenommen und dem Deutschen Reiche als baltischer Stützpunkt zur Verfügung gestellt werden müßte. Zara läßt sich nicht mit Ostpreußen, sondern eher mit dem englischen Gibraltar vergleichen.

Smogorzewski hat nicht nur in Europa, sondern auch in anderen Erdteilen nach „Ostpreußen“-Beispielen gesucht; und er ist der Meinung, auch im afrikanischen und inselindischen Kolonialgebiet drei Beispiele gefunden zu haben. „In Afrika“, sagt er, „gibt es eine Lage, die vollkommen derjenigen ähnelt, die zwischen Deutschland und Polen besteht. Die ‚Weichsel‘ — das ist der Kongo: ‚Polen‘ — das ist das ungeheure belgische Kongogebiet, und ‚Deutschland‘ — das ist das portugiesische Angola. Dieser kongobelgische Korridor“, fährt Smogorzewski fort, „trennt von Angola ein Stück afrikanisches ‚Ostpreußen‘ ab, das portugiesische Gebiet von Kabinda“. Weiter heißt es bei Smogorzewski: Das Gebiet von Ifni, eine spanische Enklave an der atlantischen Marokkoküste, sei durch einen 50 Kilometer breiten französisch-marokkanischen „Korridor“ von der spanischen Besitzung Rio de Oro getrennt. Und schließlich meint Smogorzewski, daß sich auch auf der Sundainsel Timor, die je zur Hälfte den Holländern und den Portugiesen gehört, eine an der Nordküste der Insel gelegene portugiesische Enklave innerhalb des holländischen Gebiets in einer ähnlichen Lage wie das vom Reiche abgeschnürte Ostpreußen befinde. Gegenüber diesen „Beweismethoden“ der polnischen Propaganda muß einmal grundsätzlich folgendes festgestellt werden: Es ist ein Zeichen absoluter Unkenntnis der Kolonialgeschichte, wenn die Aufteilung überseeischen Kolonialbodens in Parallele zu grenzpolitischen Vorgängen gesetzt wird, die sich auf dem alten Kulturboden Europas abgespielt haben. Man sehe sich nur einmal die afrikanischen Kolonialgrenzen an, die, wo sie nicht gerade den Flußläufen folgen, zumeist auf viele hundert Kilometer schnurgerade verlaufen. Man vergleiche die Bevölkerungsdichte, die in dem erwähnten Kolonialgebiet nur ein Zwanzigstel derjenigen Ostpreußens beträgt; und man bedenke auch, daß es sich bei dem deutschen Ostpreußen immerhin um Menschen handelt, mit denen auch der phantasievolle Smogorzewski nicht wie mit afrikanischen Negern oder Bastarden herumspringen sollte. Die polnische Propaganda läßt bei ihrer „Ostpreußen“-Suche alle geschichtlichen und volkspolitischen Momente, die für die Festsetzung einer Grenze und für deren Beurteilung maßgebend sind, außer acht. Aus der Mißachtung dieser Momente spricht eine so niederträchtige Gesinnung, daß sich ein weiteres Eingehen auf die kolonialen „Ostpreußen“-Beispiele Smogorzewskis erübrigt. Eine Parallele — darauf soll noch hingewiesen werden — besteht allerdings zwischen dem Weichselkorridor und z. B. dem Küstengebiete des Kongo: Man hat die Bevölkerung des Weichselkorridors bei der Grenzfestsetzung in Versailles ebenso wenig um ihre Meinung gefragt wie die zentralafrikanischen Neger; und die Polen haben die deutsche Bevölkerung in ihrem Korridorgebiet mit einer Brutalität behandelt, die sich von derjenigen keineswegs unterscheidet, die von der belgischen Ausbeutergesellschaft im Kongogebiet angewandt wird.

Ein weiteres „Ostpreußen“ meint Smogorzewski in Ostasien aufweisen zu können, und zwar in dem von Japan okkupierten Gebiet von Port Artur, das den Südteil der Halbinsel Liautung einnimmt und das sich, wie er sagt, zu dem japanischen Festlandbesitz von Korea verhält wie Ostpreußen zum Reich. Wer von der ostasiatischen Geschichte auch nur eine oberflächliche Kenntnis besitzt, weiß, daß dieses Port Artur-„Ostpreußen“ seine isolierte Lage nicht etwa der gewaltsamen Zwischenschiebung fremden Hoheitsgebietes in ein bis dahin geschlossenes Besitztum verdankt, sondern das es eine kriegerische Erwerbung der Japaner darstellt. Ein Blick auf die Karte Ostasiens zeigt, welche machtpolitischen Zwecke Japan mit der Besetzung Port Arturs im Jahre 1905 während des Krieges mit Rußland verfolgt hat: Der Platz beherrscht den Zugang zu wichtigen Teilen des chinesischen Reiches, die in seine Machtsphäre einzubeziehen in der Absicht der aufstrebenden ostasiatischen Großmacht gelegen hat, eine Absicht, die inzwischen erfüllt worden ist: Denn das weitere „Hinterland“ Port Arturs, die Mandschurei, ist unter die Herrschaft bzw. das Protektorat Japans gekommen, und eben jetzt haben japanische Truppen den weiteren Vormarsch in die Provinz Dschehol begonnen. Wenn man also das zwischen Korea und Port Artur liegende, frühere Gebiet, wie Smogorzewski es tut, als Korridor bezeichnen will, dann kann man nur sagen, daß sich dort das natürliche Schicksal der Korridore erfüllt hat, und dieses Schicksal ist: beseitigt zu werden. Es war nicht klug von Smogorzewski, Port Artur in die kuriose Liste seiner „Ostpreußen“-Beispiele aufzunehmen, denn gerade dieses Beispiel lehrt, wie ein Volk, das mit Waffen umzugehen versteht, angebliche oder wirkliche Korridore, die ihm unbequem sind, beseitigt.

Schließlich führt Smogorzewski in seinem Buch auch noch einige amerikanische „Ostpreußen“-Vorkommen an. Da ist Panama, ein Land, das, wie er sagt, „durch einen fremden Korridor in zwei fast gleich große Teile zerlegt wird“. Nun hat Polen aber aus seinem Staatsgebiet seit 1919 zweimal so viel Deutsche vertrieben, als der ganze Staat Panama Einwohner hat. Außerdem handelt es sich da um einen Staat, dessen Selbständigkeit seit jeher eine recht fragwürdige Angelegenheit war. Smogorzewski will weiter das den Vereinigten Staaten gehörende Alaska mit Ostpreußen und Kanada entsprechend mit dem Korridor vergleichen. Man braucht sich, um die Unhaltbarkeit auch dieses Vergleichs zu begreifen, nur folgende Tatsachen ins Gedächtnis zu rufen: Alaska hat früher einmal den Russen gehört und ist durch Kauf an die Vereinigten Staaten gekommen; es ist ein Gebiet, das auf einer Fläche von über 1½ Millionen Quadratkilometer, d. h. auf einer Fläche, die mehr als dreimal so groß ist wie das Deutsche Reich, etwa 60000 Einwohner zählt, ein unwirtliches, noch kaum erforschtes Gebiet, das in die arktische Zone hineinreicht und neben nomadisierenden Eskimos nur einige tausend Weiße, Beamte, Fischer, Goldgräber und Pelztierjäger, beherbergt.

Preisfrage: Wer weiß, wo Copacabana liegt? Antwort: Dort, wo die Grenze zwischen Bolivien und Peru den Titicacasee überquert, wird eine kleine Halbinsel, die sich vom peruanischen Ufer in den See hinein erstreckt, durch die Grenze so überschnitten, daß ein Teil von ihr politisch zu Bolivien fällt. Auf diesem bolivianischen Teil der Halbinsel liegt Copacabana. Der Ort ist auf dem Landwege nur durch peruanisches Gebiet zu erreichen — für Smogorzewski Grund genug zu der Feststellung, daß es auch hier, am Titicacasee, ein „Ostpreußen“ gibt.

Geht man nun schließlich an das südlichste Ende Amerikas, so findet man dort, daß der argentinische Teil des Feuerlandes durch chilenisches Gebiet vom festländischen Argentinien abgetrennt wird. Die Natur des Feuerlandes und die Art seiner von der Zivilisation noch völlig unberührten Bewohner sind selbst der Wissenschaft wenig bekannt. Ein solches Gebiet mit dem deutschen Ostpreußen vergleichen zu wollen, ist offensichtlicher Unsinn.

Das sind also die „Ostpreußen“, die Smogorzewski auf seiner Suche rund um die Erde entdeckt hat: Menschenleeres Gebiet wie Alaska und Feuerland, winzige Enklaven wie Llivia, Büsingen, Bar-le-Duc, Campione und Copacabana, militärisch-politische Stützpunkte wie Zara und Port Artur, Landesteile, die im geschlossenen Hoheitsgebiet des Mutterstaats liegen, wie Seeflandern, und schließlich kleine Kolonialdistrikte und halbselbständige Staaten wie Panama, Kabinda, Ifni und die portugiesische Kolonialenklave auf Timor. **Gebiete, deren geschichtlicher Werdegang mit dem deutschen Ostpreußen** keinerlei Ähnlichkeit aufweist, deren wirtschaftliche Beziehungen zu den Ländern, die in den Smogorzewskischen Vergleichen die Stelle Deutschlands einnehmen, völlig anders geartet sind als diejenigen zwischen dem Reiche und Ostpreußen, soweit überhaupt solche Beziehungen, was nicht bei all diesen „Ostpreußen“ der Fall ist, bestehen. Wenn man die Einwohnerzahlen all der Gebiete (ohne Panama), die Smogorzewski als „Ostpreußen“ bezeichnet, zusammenzählt, dann kommt man alles in allem etwa auf eine halbe Million; das ist ein knappes Viertel der Einwohnerzahl Ostpreußens, und dabei handelt es sich bei mindestens vier Fünfteln von dieser halben Million um farbige Menschen, um Neger, Malayen, Eskimos, Feuerländer, Indios und Chinesen.

Es ist nur zu begrüßen, daß Smogorzewski nach dem Vorbild anderer polnischer Propagandisten diese 14 „Ostpreußen“-Fälle einmal schön säuberlich aufgezählt hat. Die einzige Folgerung, die man aus seiner Aufstellung ziehen kann, ist die, daß es tatsächlich in der Welt keinen territorialen Zustand gibt, der in politischer, wirtschaftlicher, völkischer oder irgendeiner anderen Hinsicht demjenigen Ostpreußens an die Seite gestellt werden kann. Man muß Smogorzewski geradezu dankbar dafür sein, daß er sich so sehr in geistige Unkosten gestürzt hat, um diesen Beweis zu erbringen. Man muß gestehen, er hat sich alle Mühe gegeben. Fast könnte man meinen, er hätte die Weltkarte mit dem Mikroskop abgesucht. Hat er doch tatsächlich noch ein 15., sozusagen mikroskopisch kleines Ostpreußen entdeckt: Bei Sasbach am rechten Ufer des Oberrheins liegt eine Erhebung, die seit 1802 „zu Frankreich gehört“; dort steht ein von Napoleon I. errichtetes Denkmal zur Erinnerung an Marschall Turenne und wohnt als Wächter und Pfleger des Denkmals ein französischer Invalide. Smogorzewski bringt die Geschmacklosigkeit auf, ein paar Quadratmeter Land mit der Provinz Ostpreußen und einen Franzosen mit einer Mehrmillionenbevölkerung in Parallele zu stellen. Da muß man sich wundern, daß er nicht auch all die exterritorialen Grundstücke der diplomatischen Vertretungen als „Ostpreußen“ bezeichnet. Wenn man sich den erschütternden Unsinn vergegenwärtigt, den Smogorzewski, in dem Bestreben, die „Alltäglichkeit“ der ostpreußischen Isolierung zu beweisen, zutage gefördert hat, dann kann man ihm auch als Gegner nur einen gut gemeinten Rat erteilen: „Mach dich nicht lächerlich, Kasimir!“

Dr. K.

Die polnische Angst vor Hitler.

Das Interview, das der Reichskanzler Hitler dem englischen Oberst Etherton gewährt hatte, hat den Polen anscheinend jede klare Besinnung genommen. Während sich ein Teil der polnischen Presse bemüht, dem Kanzlerinterview, das ja bekanntlich im „Sunday Expreß" zunächst in entstellter Form wiedergegeben worden war, eine größere Bedeutung abzusprechen, laufen sich die Leute vom Westmarkenverein, von den Wehr- und anderen Verbänden in Aufmärschen und Demonstrationen die Absätze schief, um — zum wievielten Male? — ihre Bereitschaft zur Verteidigung Pommerellens „bis zum letzten Mann" vor der Öffentlichkeit zu bekunden. Was sie wollen und was sie zu sagen haben, das ist ja zur Genüge bekannt; aber es ist doch immer wieder interessant, zu beobachten, wie unsere östlichen Nachbarn ihren Haß gegen Deutschland und ihre Angst vor der Vergeltung, die sich für sie in der Persönlichkeit Hitlers verkörpert, abreagieren. Zwei Beispiele genügen:

Die ehemaligen Legionäre veranstalteten in Thorn eine Gedenkfeier für ihre Gefallenen, an der auch Vertreter aller Spitzenbehörden teilnahmen, ferner waren hohe Offiziere der Armee und parlamentarische Vertreter des Regierungsblockes erschienen. Der Festredner Hauptmann Schab, erklärte, daß man ganz Pommerellen zu einer Festung gegen Deutschland machen müsse. Die 3000 Pfadfindergruppen, die 3000 Schützen-Kompagnien, die 3000 Reserve-Kompagnien, die Kriegervereine und alle ähnlichen Organisationen müßten eine kampfbereite Reservearmee bilden. Der Redner schloß mit der Drohung: „Wir haben die Österreicher geschlagen (wo?), wir haben die Deutschen geschlagen (wann?) und wir werden auch das Dritte Reich Hitlers aufs Haupt schlagen." (Nanu!)

Anschließend sprach der Vertreter des Regierungsblocks und des Reserveoffiziersverbandes, Paluch, der erklärte, daß von den Deutschen ein bewaffneter Überfall auf die polnische Westgrenze geplant sei. (!)

„Wir kennen diese Leute," schrie Paluch, „wir kennen sie aus der Geschichte des slawischen Friedhofes, der zwischen der Elbe und der Oder liegt, aus der Geschichte unseres Volkes und aus eigenen Erlebnissen. Wir wissen, daß sie Räuber und Banditen (!) sind, Bastarde, die sich gemästet haben an unserem Besitz (!) und die sich Preußen nennen. Sogar den Namen haben sie sich von unseren unglücklichen Brüdern, den Litauern, geraubt."

Und seine Stimme überschlug sich in einem hysterischen Anfall: Die Deutschen wollen die Polen ausrotten, nur ein zweites Grunwald könne die „räuberischen Absichten auf polnisches Land aus den preußischen Gehirnen ausbrennen". Und er schloß mit dem Satz: „Marschall Josef Pilsudski wird uns in den siegreichen Kampf mit dem verhaßten preußischen Feind führen." (!) — Dann brachte die Versammlung begeisterte Hochrufe auf Pilsudski aus.

Auch der Westmarkenverein hat am 20. Februar in Gdingen eine Protestkundgebung gegen das „Auftreten des deutschen Reichskanzlers Hitler gegen Polen" veranstaltet. Im Protestzug wurden Transparente getragen z. B. mit der folgenden Aufschrift: „Hände weg, preußischer Feldwebel, von Pommerellen", „Unsere Antwort an Hitler sind Gewehre und Kanonen", „Pommerellen war, ist und bleibt polnisch". Bei der Kundgebung wurde eine Entschließung folgenden Inhalts verlesen: „Pommerellen ist nur ein kleiner Teil der polnischen Erde, der uns durch den Versailler Vertrag gegeben wurde. Über ein und eine halbe Million polnischer Menschen lebt heute noch unter preußischer Okkupation (?!). Wenn Hitler von dem Unrecht des Versailler Vertrages spricht, so meint er damit hauptsächlich Polen. Obwohl dem polnischen Staate Unrecht geschah, da nicht die ganze polnische Erde an Polen kam, hat sich Polen dem Versailler Vertrage gefügt, weil das allgemeine europäische Wohl darin verankert ist. In der Frage der polnischen Grenze lehnen wir jede Diskussion ab, weil diese Diskussion nichts anderes ist, als die maskierte Kriegsforderung der Deutschen. Die Regierung wird gebeten, diese ewige Kriegspropaganda der Deutschen auf internationalem Gebiet als das zu brandmarken, was sie ist, eine Gefahr, die den Frieden der Welt bedroht. Polen braucht den freien Zutritt zum Meere, und darum soll die Regierung bestrebt sein, die polnische Flotte auszubauen, ebenso das Kriegsflugwesen. Nur ein bewaffnetes Polen wird Hitler eine zielbewußte Antwort geben. Wir sind mit dem ganzen Volke in dem Gelöbnis einig und stehen in unverbrüchlicher Einheit auf der Grenzwacht: „Wir geben Pommerellen nicht her!"

Die Kleine Entente und der Korridor.

Eine der bedeutendsten politischen Persönlichkeiten in Rumänien, der Senator Grigore Filipesku, hat sich in diesen Tagen, wie das „Ostland" in seiner letzten Nummer berichtete, klar und eindeutig gegen den Korridor ausgesprochen. Dieser Mann, der bisher als Deutschenhasser und ausgesprochener Parteigänger Frankreichs bekannt war, erklärte in Bukarest, daß der Korridor verschwinden müsse, wenn das friedlose Europa jemals zur Ruhe kommen wolle. Er machte sich den deutschen Standpunkt zu eigen, daß Polen den Korridor gar nicht nötig habe und sich ohne weiteres, genau wie die Schweiz und die Tschechoslowakei, mit einem wirtschaftlichen Zugang zum Meere begnügen könne. Filipesku forderte eine Zusammenarbeit zwischen Deutschland und Rumänien auf wirtschaftlichem Gebiet und ein gutes außenpolitisches Verhältnis zwischen beiden Mächten, das um so eher herbeigeführt werden müsse, als Rumänien kein Interesse an der Aufrechterhaltung des polnischen Korridors habe und sich für die Revision dieser Versailler Grenzziehung einsetzen könne.

Zur selben Zeit, als diese Erklärungen bekannt wurden, verhandelten die Außenminister der Tschechoslowakei, Rumäniens und Südslawiens in Genf über den engeren Zusammenschluß dieser drei Mächte innerhalb der Kleinen Entente. Sie betonten, daß sie jeder Revision der Friedensverträge feindlich gesinnt seien. Frankreich hofft, auch Polen zu einem Anschluß an diesen Staatenblock, der in allen außenpolitischen Entscheidungen als Einheit handeln will, zu gewinnen. Man frohlockte in Paris über die Linie Gdingen—Saloniki, von der Ostsee bis zum Mittelmeer. Die Einheit der Nutznießer des Weltkrieges und der Friedensverträge scheint damit noch einmal bekräftigt zu sein. Frankreich glaubt, wieder einen Schritt in der Stabilisierung seiner europäischen Hegemonie weiter gekommen zu sein. Rumänien hat sich vor der Welt „auf unbegrenzte Zeit" noch einmal in die Front der „Sieger" gegen die „Besiegten" eingereiht.

Sind damit die Forderungen des rumänischen Senators hinfällig geworden? Müssen wir diese Entwickelung als endgültig hinnehmen? Werden wir nie damit rechnen können, daß sich die vernünftige Einsicht in der Revisionsfrage auch in Südosteuropa durchsetzt? Die innere Festigkeit des erneuerten Südostbundes ist nicht so groß, wie es zuerst scheint. Die wirklichen Gegensätze innerhalb der Kleinen Entente sind durch den Zusammenschluß nicht aus der Welt geschafft. Sie sind bisher immer verdeckt worden mit den Schlagworten von der gemeinsamen Zielsetzung der „antirevisionistischen Front", auch diesmal wieder. Aber die Spannungen zwischen Prag und Bukarest bestehen fort, an einen befriedigenden wirtschaftlichen Ausgleich, der schon so oft versucht wurde und immer wieder scheiterte, ist nicht zu denken. Gerade Rumänien wird innerhalb der Kleinen Entente selbst keinen ausreichenden Absatzmarkt für seine Agrarprodukte finden, sondern allenfalls selbst ein Absatzland für tschechische Industrieerzeugnisse bilden. Die deutsche Freundschaft ist in dieser Hinsicht für Rumänien, wie Filipesku ganz richtig und offen betonte, ungemein wertvoll.

Wenn Frankreich jetzt hofft, auch zwischen Polen und der Kleinen Entente eine weitere Annäherung herbeizuführen, so liegt das nach dem Abschluß des russisch-polnischen Nichtangriffspaktes nicht unmittelbar im Interesse Rumäniens. Seit dem Jahre 1926 bestehen die Militärbündnisse der Rumänen mit Polen und mit Frankreich. Daß Rumänien wegen der bessarabischen Frage einen Nichtangriffspakt mit der Sowjetunion nicht abschloß, bedeutete eine schwere Erschütterung des französischen Bündnissystems und eine Hoffnung für Deutschland, an dieser Stelle den französischen Ring um Deutschland zu durchbrechen. Unter solchen Umständen bezeichnete Filipesku das polnisch-rumänische Bündnis als eine „Last", die den Rumänen eher Nachteile als Vorteile gewähre. Einen Schutz vor russischen Angriffen biete es nicht mehr. Nachdem Polen jetzt einen Angriff seitens der Sowjetunion nicht mehr zu befürchten hat und deshalb seine Aktivität gegen den Westen, vor allem im Korridor und gegen Danzig und Ostpreußen verstärken kann, wird Rumänien nicht geneigt sein, die polnische Angriffslust gegen Deutschland durch ein gefestigtes Bündnis zu stärken.

Diese Spannungen werden erhöht durch die katastrophale wirtschaftliche Lage der südosteuropäischen Länder. Die französische Finanzhilfe ist keine Stütze für immer. Besonders Rumänien mußte schon jetzt erfahren, welche Nachteile aus der Auslieferung an die französische Geld- und Wirtschaftspolitik im europäischen Südosten entstehen. Die französischen Pläne einer Finanzkontrolle des Völkerbundes über Rumänien, die die Anleihen sicherstellen soll, erinnert an die Methoden, mit denen man gegenüber Deutschland verfuhr. Trotz der ungünstigen Entwickelung der Dinge im europäischen Südosten wird es sich zeigen, daß eine Mächtegruppierung nach der alten Scheidung von „Siegern" und „Besiegten", revisionsfreundlichen und revisionsfeindlichen Staaten nicht von langer Dauer sein kann. Die Spannung unter den „Siegern" ist zu groß, und Deutschland und die südosteuropäischen Länder sind andererseits zu sehr aufeinander angewiesen. Die notwendige Einsicht, auch der Revisionsfrage gegenüber, die einmal begonnen hat, wird sich weiter durchsetzen. Wir stehen trotz allem vor einer Neuorientierung im europäischen Südosten.

Br.

Polnische Revisionsvorschläge.

Ein deutsch-polnischer Verständigungsplan.

In der Zeitschrift „Wiadomosci Literacki“ veröffentlicht der bekannte Abgeordnete des Regierungsblocks Mackiewicz aus Wilna ein „deutsch-polnisches Verständigungsprogramm“. Mackiewicz geht davon aus, daß Frankreich sich auf dem Wege zu einer Verständigung mit Deutschland ohne Polen, vielleicht sogar gegen Polen, befinde. Dieser Entwicklung gelte es durch eine deutsch-polnische Aussöhnung zuvorzukommen. Deutsche und Polen seien zwei Nationen mit psychischer Eignung zur Kriegführung. Diese Veranlagung sollten sie nicht gegeneinander, sondern zur Sicherstellung des europäischen Friedens ausnützen. Als Voraussetzung für eine Verständigung führt Mackiewicz folgende Punkte an: Zustimmung zum Anschluß Österreichs an Deutschland, Verständigung über Litauen, Beilegung der Minderheitenstreitigkeiten, Entfernung des experimentierenden Wojewoden Grażynski aus Ostoberschlesien, Erleichterung des Eisenbahnverkehrs durch den Korridor, Erleichterung der Lage Danzigs.

Von Mackiewicz ist dieser Verständigungsplan sicherlich ernst gemeint. Er geht aber von falschen Voraussetzungen aus. Ob Österreich und Deutschland sich zusammenschließen, das hängt nur in geringem Maße von der Haltung Polens ab; maßgebend dafür sind ganz andere Faktoren als das Votum der Warschauer Regierung. Es ist daher auch verhältnismäßig nebensächlich, ob Polen sich mit dem Anschluß einverstanden erklärt; ein Beweis aufrichtigen Verständigungswillens wäre diese polnische Zustimmung jedenfalls nicht. Vor allem deshalb nicht, weil Polen ja — nach dem Plane Mackiewiczs — gegen diese billige „Großmut“ von Deutschland den Verzicht auf die Grenzrevision eintauschen möchte. Es ist unverständlich, wie ein an sich ernst zu nehmender Politiker eine Verständigung zwischen Deutschland und Polen ohne eine Revision der Grenzen zu Deutschlands Gunsten überhaupt noch für denkbar hält, daß er der Ansicht sein kann, die Korridorfrage wäre für Deutschland erledigt, wenn einige Verbesserungen im Transitverkehr vorgenommen würden, und daß er glauben kann, Deutschland habe in bezug auf Ostoberschlesien nichts weiter zu fordern, als daß Grażynski durch einen anderen Mann ebenso fragwürdiger Qualität ersetzt wird. Was Mackiewicz schließlich über Danzig, die Minderheitenfrage und über Litauen sagt, ist so unbestimmt und so zweideutig, daß eine Diskussion anderen Mann ebenso fragwürdiger Qualität ersetzt wird. Was Litauen anlangt, so denkt er wohl an den Anschluß dieses Staates an Polen, der Ostpreußen vollkommen in die polnische Machtsphäre einkapseln würde, eine „Lösung“, die für Deutschland unter allen Umständen unannehmbar sein würde. Von einer Beilegung der Minderheitsstreitigkeiten wäre erst dann zu sprechen, wenn die polnische Mentalität eine vollkommene Wandlung durchmachen würde, wenn also ein Wunder eintreten würde, auf das Mackiewicz im Ernst wohl selber nicht zu hoffen wagt. Und was Danzig betrifft, so wird es vor den polnischen Angriffen und Gewaltmaßnahmen erst dann sicher sein, wenn es zusammen mit dem gesamten Korridor an Deutschland zurückgekommen sein wird. Erst dann wird man von einer Erleichterung der Lage Danzigs zu sprechen berechtigt sein. Wenn Mackiewicz also über eine Verständigung Polens mit Deutschland zu diskutieren die Absicht hat, dann wird er sich schon einen anderen Plan ausdenken müssen. Verständigung ohne Rückgabe der geraubten Gebiete ist für Deutschland unmöglich.

Polnische Kommunisten für Grenzrevision.

Der „Dziennik Berlinski“ (Nr. 27 vom 2. Februar 1933) berichtete über die unlängst in Wien abgehaltene 6. Tagung der Kommunistischen Partei Polens, auf der in einer Resolution für die nationalen Minderheiten Polens „das Selbstbestimmungsrecht bis zur Losreißung“ proklamiert und das Friedensdiktat als „ein Versailler Raubvertrag“ gebrandmarkt wurde, der „Oberschlesien zerrissen, Danzig unter die Knechtschaft des imperialistischen Polens gebracht und einen polnischen Korridor geschaffen hat, der Ostpreußen von Deutschland künstlich trennt“. Es ist selbstverständlich, daß diese Haltung der polnischen Kommunisten dem Berliner Polenblatte nicht paßt. Anstatt sich aber mit den Kommunisten — soweit das möglich ist — sachlich auseinanderzusetzen, benutzt es auch diese Gelegenheit, Deutschland verächtlich zu machen: „Denken wir daran“, schreibt es, „daß Pommerellen und Schlesien 90 v. H. polnische Bevölkerung haben, die von den Preußen grausam verfolgt und in den Abgrund des Elends gestoßen wurde.“ Was diesen „Abgrund des Elends“ anbetrifft, so sind, wie der „Dziennik“ leicht feststellen könnte, die Arbeiter und Bauern der Deutschland entrissenen Gebiete Polens der Ansicht, daß es erst das „freie Polen“ gewesen ist, das sie durch seine unvernünftige Wirtschaftspolitik und durch seine hemmungslose Deutschenfeindschaft in diesen Abgrund gestürzt hat.

*

Russisch-französischer Nichtangriffspakt ratifiziert.

Der Vorsitzende des Zentralexekutivkomitees der Sowjetunion hat den Nichtangriffspakt und das Schlichtungsabkommen zwischen Frankreich und der Sowjetunion ratifiziert. Im Moskauer Außenkommissariat ist am 16. Februar der Austausch der Ratifikationsurkunden erfolgt. Der russisch-französische Nichtangriffspakt ist damit in Kraft getreten.

Von den Polen in Deutschland.

Reichstagswahlen und Polenbund.

Bekanntlich können an den nächsten Reichstagswahlen nur diejenigen Parteien teilnehmen, die entweder bei der letzten Wahl mindestens ein Mandat gewonnen hatten oder die in einem Wahlkreise 60 000 Unterschriften von Wahlberechtigten aufbringen. „Natürlich“, schreiben hierzu die Oppelner „Nowiny Codzienne“, „kann diese Vorschrift nicht die polnische Liste betreffen, die weder die Liste einer Splitterpartei, noch einer politischen Partei, sondern in der Wahlzeit die Vertretung des ganzen polnischen Volkes in Deutschland ist“. Mit dieser Begründung will der Polenbund anscheinend wegen der neuen Wahlordnungsbestimmung gegen die Reichsregierung Klage beim Staatsgerichtshof erheben. Man kann für dieses Vorgehen keine andere Begründung finden als die, daß die Polenbundleute wieder einmal das Bedürfnis haben, sich interessant zu machen. Denn daß sie mit ihrer Klage Erfolg haben werden, ist nicht zu erwarten: Das sog. polnische Volk ist und bleibt bei den Wahlen eben doch nichts anderes als eine Splitterpartei. Wenn die Polen wirklich glauben, etwas anderes zu sein, dann sollen sie doch den Nachweis liefern und die erforderlichen Unterschriften sammeln. Zwei andere Splittergruppen, die im letzten Reichstag nicht vertreten waren, haben es doch fertiggebracht: Im Wahlkreis Chemnitz-Zwickau sind von einer „Sozialistischen Kampfgemeinschaft“ und im Ruhrgebiet von einer „Arbeitsgemeinschaft der Arbeiter und Bauern“ 60 000 Unterschriften aufgebracht worden; freilich zu spät, um noch berücksichtigt zu werden.

Ein merkwürdiger Seelsorger.

Im Preußischen Landtage ist folgende Kleine Anfrage des Abg. Dr. Nicolai (NSDAP.) eingegangen:

„Im Buch ‚Polen greift an‘ von Ernst Otto Thiele (Breslau 1933) heißt es auf Seite 84:

‚Wie es deutschen Gemeinden ergehen kann, die im Pfarrbezirk eines polnisch gesinnten Geistlichen liegen, zeigt der Fall der Dörfer Groß- und Klein-Schimnitz, in denen der polnische Pfarrer Piechotta seines Amtes waltet. Diese Dörfer werden von 512 Deutschen und 71 Polen bewohnt, doch weigerte sich der Pfarrer standhaft, deutschen Gottesdienst abzuhalten. Erst auf das Drängen der deutschen Bevölkerung ist diesem Geistlichen endlich Anweisung erteilt worden, einmal im Monat (!) einen deutschen Frühgottesdienst einzurichten.‘

Genaue Erkundigungen haben ergeben, daß der Pfarrer Piechotta Pole und Deutschenhasser ist. Er weigert sich grundsätzlich, auch nur einen einzigen deutschen Gottesdienst in der Gemeinde Groß-Schimnitz im Kreis Oppeln abzuhalten, obwohl die letzte Wahl dort nur 24 polnische, hingegen 367 deutsche Stimmen ergeben hat. Trotzdem ist seit 1921 in Groß-Schimnitz kein einziger deutscher Gottesdienst abgehalten worden. Nur wenn ein deutscher Verein, wie z. B. der Kriegerverband, die Landesschützen oder der Stahlhelm es ausdrücklich wünscht, läßt der Pfarrer Piechotta sich dazu bewegen, gegen gute Bezahlung eine deutsche Messe zu lesen. Seinen Einfluß macht er dahin geltend, daß die deutschen Kinder in den polnischen Kommunionsunterricht gehen sollen. Auch deutsche Einsegnungen erfolgen hauptsächlich in polnischer Sprache. Er benutzt den polnischen Agitator Josef Kutz dazu, unter die Kinder seiner Gemeinde polnische Gebetbücher verteilen zu lassen, während die Kinder, die zur Deutschen Kommunion gehen, kein Gebetbuch erhalten.

Ich frage das Staatsministerium:

1. Sind ihm diese unglaublichen Zustände bekannt?
2. Wenn ja, welche Schritte sollen unternommen werden, um zu erreichen, daß die Deutschen in Groß- und Klein-Schimnitz die christlichen Heilslehren in deutscher Sprache vermittelt erhalten?“

Polnisches Gymnasium in Allenstein.

Nachdem Ende 1932 eine höhere Lehranstalt mit polnischer Unterrichtssprache in Beuthen eröffnet worden ist, wird jetzt in Polen eine starke Agitation für die Errichtung eines polnischen Gymnasiums in Allenstein betrieben. Ein in Thorn gebildeter Ausschuß verlangt, daß alle Schulkinder die Verpflichtung übernehmen sollen, jeden Monat fünf polnische Groschen (das entspricht etwa 2,5 Reichspfennigen) in den Baufonds des künftigen Gymnasiums in Allenstein zu entrichten. Da die Zahl der Schulkinder in Polen auf drei Millionen geschätzt wird, glaubt man im Laufe von zehn Monaten auf diesem Wege einen Betrag von 1,5 Millionen Zloty aufbringen zu können.

„Polonia“ für Deutschland verboten.

Die in Kattowitz erscheinende „Polonia“, das Blatt Korfantys, wurde bis zum 3. März d. J. für Deutschland verboten. Die „Polonia“ besitzt in Deutschoberschlesien eine größere Zahl von Beziehern. Das Verbot ist wegen Verbreitung falscher Nachrichten über innerdeutsche Verhältnisse erfolgt.

Die nationale Entwicklung Ostpolens.

Der polnische Bauernführer und ehemalige Ministerpräsident Vinzenz Witos hat im „Kurjer Warszawski“ unter dem Titel „Ostgalizien einst und heute“ einen Artikel veröffentlicht, der stärkste Beachtung sowohl wegen seines Inhalts wie wegen der damit verbundenen Absicht verdient. Witos schildert, wie unter den Regierungen der parlamentarischen Zeit (die mit dem Putsch Pilsudskis im Mai 1926 endete) der polnische Bauer nach Ostgalizien eingewandert ist, sich dort in Massen unter der ukrainischen Bevölkerung niedergelassen und mit Hilfe des polnischen Staates angesiedelt hat. Der Maiumsturz, erklärt Witos, habe eine neue Ära in Ostgalizien eingeleitet. Das Regierungslager führe den Kampf in Galizien nicht gegen die Ukrainer, sondern an der sog. „inneren Front“: gegen die polnischen Oppositionsparteien des Landes. Gegenüber den Ukrainern sei seit dem Maiumsturz eine Politik der Nachgiebigkeit und der Konzessionen (Pazifizierungsaktion!) eröffnet worden, in deren Zeichen die Ukrainer ständig Fortschritte auf Kosten des Polentums machten. In Ostgalizien wanke den polnischen Ansiedlern der Boden unter den Füßen. Zahlreiche polnische Schulen seien dort geschlossen worden, und die Gerichtsvollzieher kämen (das scheint der gerechtigkeitsliebende Witos nicht zu begreifen!) auch den polnischen Ansiedlern ins Haus. Alle paar Tage kämen nach Tarnow und Rzeszów (also in westgalizische Kreise, die nicht zum ukrainischen Siedlungsgebiete gehören) polnische Bauern aus Ostgalizien, um dort ein Stückchen Land anzukaufen. Diese Leute gäben die Sache des polnischen Ansiedlers in Ostgalizien verloren, wo sie wie auf einem Vulkan zu leben glauben. Das polnische Land in Ostgalizien sei heute zum vierten Teil seines einstigen Preises zu haben. Allerdings, gibt Witos zu, auch die Ukrainer seien nicht in der Lage, das zum Verkauf stehende polnische Land zu erwerben, aber er glaubt, daß die Ukrainer sich jetzt nur vom Kaufe zurückhalten, um das Land später noch billiger in die Hand zu bekommen. Witos stellt weiter fest, daß der Einfluß, den die polnischen auf die ukrainischen Bauern ausübten, völlig geschwunden sei. Einst hätten sich die Ukrainer gern an die Polen mit der Bitte um Rat und Protektion gewandt und sie in die Gemeinderäte gewählt, aber heute glaube der Ukrainer die Polen nicht mehr zu brauchen. Die allgemeine Überzeugung der Polen in Ostgalizien sei, daß die Starosten in ihren Berichten an die zentralen Regierungsstellen die Lage in Ostgalizien nicht so schilderten, wie sie wirklich sei, sondern in der Beurteilung der Lage einen unzulässigen Optimismus bewiesen. Witos schilderte den Zusammenbruch der „Kleinpolnischen Landwirtschaftlichen Gesellschaft“, die sogar ihr in Lemberg befindliches Zentralgebäude zu einem Spottpreise hat verkaufen müssen, um einen Teil ihrer Schulden zu decken. Dasselbe Los erwarte auch die Volksschulgesellschaft. Die Ukrainer verhielten sich klug und zurückhaltend. Sie nähmen alles, was die Regierung ihnen biete, nur keine Verpflichtungen auf sich. Ihre Solidarität und ihr Zusammenschluß in mächtigen Genossenschaften sei ihnen eine starke Stütze, und von den ukrainischen Emigranten in Amerika würden ihnen trotz der Krise noch immer bedeutende Geldbeträge überwiesen. Die Führung des ukrainischen Gemeinwesens liege ganz in der Hand der Geistlichen des griechisch-unierten Ritus und zahlreicher nicht ausstudierter Akademiker, die das Ukrainertum im Haß gegen den polnischen Staat und gegen alles Polnische befestigten. Diese Bewegung, die das ukrainische Dorf ins Schlepptau genommen habe, greife in der letzten Zeit auf die Städte über. In Lemberg machten die Ukrainer einen Fortschritt nach dem andern; sie hätten in der Stadt ihren Besitzstand beträchtlich vermehrt und viele Häuser aufgekauft. Das Polentum in Ostgalizien ziehe sich vor dem Ukrainertum auf allen Gebieten und in jeder Beziehung zurück. Witos erklärt zum Schluß seines Aufsatzes, alles dies sei besonders schlimm deswegen, weil es im eigenen Staate der Polen geschähe. Früher im alten Österreich sei alles vorwärts gegangen, obwohl die Polen damals auch in Ostgalizien die Ukrainer, die Juden und die österreichische Regierung gegen sich gehabt hätten. Der gegenwärtige Stand der Dinge in Ostgalizien schreie geradezu zum Himmel nach einer Veränderung, die es dem Polentum möglich machen müsse, die erlittenen Verluste wieder wettzumachen.

Was Witos in diesem Artikel sachlich mitzuteilen hat, entspricht durchaus den Tatsachen: das polnische Ansiedlertum, das nach der gewaltsamen Besitzergreifung des Landes durch die Polen mit staatlichen Mitteln in die ukrainischen Wohngebiete gebracht und dort in Massen auf dem Lande, das den notleidenden ukrainischen Klein- und Zwergbauern vorenthalten wurde, angesetzt worden ist, ist in völliger Auflösung begriffen. Witos ist nicht der erste, der auf diesen völkischen Rückzug des Polentums, der sich übrigens nicht nur in Ostgalizien, sondern mehr oder weniger in den gesamten Ostgebieten des polnischen Staates vollzieht, hingewiesen hat. Schon seit Jahren wird über das Versagen des polnischen Ansiedlertums in den polnischen Ostprovinzen geklagt. Der polnische Anteil an der Gesamtbevölkerung dieser Gebiete ist hier langsamer, dort schneller im Sinken. Auch darin hat Witos wohl recht, daß selbst in den Städten das Polentum vor dem Ukrainertum im Zurückweichen ist und daß das ukrainische Bauernvolk aus seinen Dörfern heraus in diese polnischen Hochburgen eindringt. Die Gründe dieser Vorgänge sind einerseits darin zu suchen, daß die Polen, die keine innere Verbindung mit dem Lande besitzen, dem Zuge nach Westen, der Anziehungskraft der immerhin höher entwickelten Westgebiete des polnischen Staates, erliegen, ferner darin, daß die Polen sich, wie auch Witos betont, als Angehörige des verhaßten Staatsvolkes in den östlichen Wojewodschaften, in denen sie eine z. T. nur sehr geringe nationale Minderheit darstellen (in vielen Kreisen nur 20 bis 10 v. H. und weniger!), nicht sicher vor der oft stürmischen Angriffskraft des Ukrainertums fühlen, ferner darin, daß viele Polen in ihrem Volkstum nicht genügend gefestigt sind, um sich sprachlich, national und kulturell in der fremdnationalen Umgebung behaupten zu können, und daher nach und nach im Ukrainertum aufgehen, und schließlich darin, daß die Ukrainer eine höhere Geburtenziffer als die Polen aufweisen.

Mit der Feststellung vom Rückgang des Polentums in den polnischen Ostprovinzen hat Witos also zweifellos recht. Aber die Gründe, die er für diese Tatsache anführt, sind falsch. Er wirft dem Pilsudski-System Nachgiebigkeit gegenüber der ukrainischen Bevölkerung vor. Dieser Vorwurf entbehrt jeder ernsthaften Begründung. Es trifft wohl zu, daß in den letzten Jahren wiederholt von Verständigungsversuchen der polnischen Regierung gegenüber den Ukrainern die Rede gewesen ist. Aber man kann nicht behaupten, daß dieser Verständigungswille Warschaus jemals ernst gemeint war. Der einzige, der hier vielleicht die ehrliche Absicht, zu einer polnisch-ukrainischen Annäherung zu gelangen, und auch vielleicht die Fähigkeit, sie zu verwirklichen, gehabt hat, Holowko, wurde ermordet. Sonst aber war von polnischen Verständigungsbestrebungen immer nur dann die Rede, wenn Polen aus außenpolitischen Gründen Wert darauf legen mußte, auf eine „Entspannung der Atmosphäre“ hinweisen zu können. Wenn der Anlaß zu diesen Manövern, die stets nur taktischer Natur waren, nämlich die Völkerbundsversammlungen, auf denen ukrainische Angelegenheiten zur Sprache standen, vorüber war, dann wurde der beruhigende Palmwedel sehr bald wieder mit der Kosakenpeitsche vertauscht. Aus dem erwähnten Anlaß hat die Warschauer Regierung einige Male auch tatsächlich selbst oder durch Mittelsmänner mit ukrainischen Führern Fühlung genommen. Aber die Absicht, die sie dabei verfolgt hat, ist nicht etwa die gewesen, den Ukrainern die im Autonomiegesetz von 1922 bereits festgelegten, aber stets vorenthaltenen Rechte zu gewähren; sondern der Zweck dieser Fühlungnahme ist immer gewesen, Verwirrung in die Reihen der Ukrainer zu tragen, ihre einheitliche Front gegen Polen zu sprengen, die Verständigungsbereiteren von den Unversöhnlichen zu trennen und einen Bund von Renegaten und Stellenjägern auf die Beine zu stellen, der ebenso gegen die Ukrainer eingesetzt werden kann, wie der sogenannte „Deutsche Kultur- und Wirtschaftsbund“ gegen die deutsche Minderheit eingesetzt wird.

Daraus, daß der Bauernführer Witos Pilsudski vorwirft, er hätte den Ukrainern Konzessionen gemacht und dadurch deren Stellung gestärkt, kann man entnehmen, daß er, wenn er wieder an die Regierung käme, gegen die Ukrainer noch schärfer und unerbittlicher als der Marschall vorgehen würde, der ihn im Mai 1926 aus dem Ministerpräsidentensessel verjagt hat. Witos traut sich viel zu! Denn es dürfte nicht leicht sein, die Pazifizierungsaktion von 1930 zu überbieten; auch für den robusten Bauern Witos nicht, der es in Brest-Litowsk am eigenen Leibe erfahren hat, wie man im allerchristlichsten Polen einen Menschen physisch und seelisch zu zertreten versteht. Er möchte wohl die Pazifierungsaktion von 1930 zu einer ständigen Einrichtung machen? Es genügt ihm wohl nicht, daß damals von den polnischen Strafexpeditionen „nur“ einige tausend ukrainischer Bauern bis zur Bewußtlosigkeit ausgepeitscht worden sind, daß in „nur“ 400 ukrainischen Dörfern Bauerngehöfte, Volksbüchereien und Genossenschaftshäuser aus Gründen der Staatsraison zerstört worden sind, daß „nur“ ein paar tausend Ukrainer, Männer und Frauen, Junge und Alte, Studenten und Bauern, politische Führer und Geistliche, in den polnischen Kerkern der Obhut sadistischer Bestien anvertraut worden sind? Wenn heute die Stellung der Polen in Ostgalizien so schwierig geworden ist, daß die polnischen Ansiedler, wie Witos berichtet, in Scharen ihre Höfe verlassen, so ist das nicht die Folge einer angeblichen Nachgiebigkeit der polnischen Behörden gegenüber der ukrainischen Mehrheit, sondern eine Wirkung der polnischen Gewaltpolitik, die die Ukrainer nicht niedergedrückt, sondern in ihrem Kampfe gegen Polen bestärkt hat. Es gibt für Polen keine Verständigung mit den Ukrainern, es sei denn, daß diesen die weitgehendsten Selbstverwaltungsrechte eingeräumt werden. Dazu scheint sich aber weder das Pilsudski-Regime noch die Opposition bereit finden zu wollen.

*

August Zaleski.

Der langjährige polnische Außenminister August Zaleski, der sich völlig aus der Politik zurückzuziehen gedenkt, wird sich, wie es heißt, als Aufsichtsratsvorsitzender einer Warschauer Bank dem Bankfach zuwenden. Zaleski kehrt damit zu seinem anfänglichen Berufszweige zurück, in dem er sich betätigt hatte, bevor er in die Politik hinüberwechselte. Er ist früher u. a. auch in London Bankbeamter gewesen und hat sich dort während des Krieges durch seine Propaganda für die Wiederaufrichtung Polens auch seine ersten politischen Lorbeeren verdient.

Neues aus Polen.

Das „freie Polen".

Der ehemalige Präsident der Republik, Stanislaus Wojciechowski, der bekanntlich im Mai 1926 sein Amt niederlegen mußte, hielt kürzlich in Krakau einen Vortrag über „Die polnische Wirklichkeit". Er sagte u. a.: „Es gibt wenig freie Bürger in Polen. Wenn es uns nicht gut geht, so nur deshalb, weil man verschiedene Polizeisysteme nachäfft und anwendet, sowie aus dem Grunde, weil wir infolge der Erniedrigung des Geistes zu einem Werkzeug verschiedener Kanaillen und Karrieremacher geworden sind."

Die peinlichen Zensurlücken.

Das neue Pressegesetz, das kürzlich dem Sejm zugegangen ist, enthält eine Bestimmung, die ein recht bezeichnendes Licht auf die „freie Meinungsäußerung" in Polen wirft, nämlich die Bestimmung, daß Zeitungen nach der Beschlagnahme nicht mit weißen Flecken erscheinen dürfen. Mit Recht bemerkt die „Kattowitzer Zeitung" hierzu, daß diese Bestimmung eine ungeheure Erschwerung des Zeitungsbetriebes bedeuten würde. Im Falle der Beschlagnahme — und dieser Fall ist nicht nur bei der Presse der nationalen Minderheiten, sondern auch bei den Zeitungen der polnischen Oppositionsgruppen eine alltägliche Erscheinung geworden — werden heute die beanstandeten Stellen einfach aus den Druckstöcken entfernt, und die betreffenden Stellen erscheinen in den Zeitungen dann als unbedruckte weiße Flecke. Für die Behörden hat diese einfachste Methode der Schriftleitungen, den Beanstandungen der Zensur Rechnung zu tragen, offenbar etwas Aufreizendes und Peinliches an sich; denn in der Tat ist jeder weiße Fleck in einer Zeitung ein Dokument der Unterdrückung der freien Meinungsäußerung in Polen. Wenn nun die Zeitungen gesetzlich gezwungen werden, die weißen Flecken zu überdrucken, wird ihnen, da sie im Augenblick der Beschlagnahme kaum in der Lage sein werden, die Zensurlücken mit neuem aktuellem Material zu füllen, wohl nichts anderes übrigbleiben, als ihre Zuflucht zu Kochrezepten, Modebetrachtungen oder ähnlichen Dingen zu nehmen, so daß dann beispielsweise ein Text zustande kommen könnte wie dieser: „Unter dem Beifall der Versammlung entwickelten Roman Dmowski und Wojciech Korfanty das Aktionsprogramm der Opposition — [Man nehme ein Pfund Mehl, drei Eier, verrühre dieses unter Beifügung einer ausgepreßten Zitrone usw.] — worauf die Versammlung begeistert in das Lied einstimmte: Noch ist Polen nicht verloren."

Sinnlose Kohlenpreispolitik.

Im Jahre 1923 waren im polnischen Bergbau 160 000 Arbeiter beschäftigt; im Jahre 1929 war die Zahl auf 94 500 gesunken; 1932 sind es noch 56 500 gewesen, und gegenwärtig werden vertrauliche Verhandlungen über eine weitere Verminderung der Belegschaft auf 30 000 Mann geführt. Das würde bedeuten, daß sich die Zahl der Bergarbeiter in Polen im Laufe von zehn Jahren auf ein knappes Fünftel ihres Standes von 1923 verringert. Die Kohlenproduktion ist von 46,2 Mill. To. im Jahre 1929 auf 28,3 Mill. To. im Jahre 1932 gesunken. Dieser Rückgang der Kohlenproduktion ist einerseits durch die Verminderung des Exports und andererseits durch die verminderte Kaufkraft der Bevölkerung Polens verursacht. Die polnische Kohle wird im Auslande, insbesondere auf den nordischen Märkten, erheblich billiger verkauft als im polnischen Inlande. Nach dem „Jlust. Kurj. Lodz."" belaufen sich die Produktionskosten der Kohle (Förderkosten, Löhne, Materialunkosten, Handelsunkosten und Steuern) je Tonne auf 10 bis 15 Zloty. Die Gruben verkaufen die Kohle mit einem Aufschlag von 1 bis 2 Zloty je Tonne, und zwar an die von ihnen gegründeten Verkaufskonzerne, deren Besitzer zum Teil die Grubenbesitzer selber, zum Teil die großen Kohlenhändler sind. Diese Konzerne verkaufen die Kohle, die sie für 11—16 Zloty je Tonne gekauft haben, an die Grossisten, je nach Qualität, weiter zu 24 bis 40 Zloty je Tonne. Die Grubenbesitzer verdienen an der Kohle also zweifach, einmal durch den Verkauf an die Konzerne und dann noch einmal durch den Weiterverkauf dieser Konzerne, an denen sie maßgebend beteiligt sind, an die Grossisten. Nun kostet ein Zentner Kohle im Kleinhandel z. B. im Posenschen 3,60 bis 3,70 Zloty (eine Tonne also 72 bis 74 Zloty)! Die Differenz zwischen Produktionskosten (10 bis 15 Zloty) und Kleinhandelspreis (72 bis 74 Zloty) beträgt also etwa 60 Zloty je Tonne (das sind etwa 600 v. H.!). Diese ungeheure Differenz ist nur zum geringen Teil mit den zu den Produktionskosten hinzutretenden Transportkosten zu erklären. Sie ist nur dadurch zu erklären, daß der Kohlenhandel den Kohlenpreis für das Inland künstlich hochhält, um sich für die Verluste, die ihm aus der Ausfuhr erwachsen, schadlos zu halten. Der polnische Kohlenverbraucher muß also die Kosten des unwirtschaftlichen Exports über Danzig und Gdingen tragen. Ein Landwirt im Posenschen konnte sich früher für einen Zentner Roggen acht Zentner Kohle kaufen, heute nur noch zwei Zentner. Der polnische Inlandsverbrauch an Kohle hat 1931 noch 18,6 Mill. To. betragen, 1932 nur noch 13,7 Mill. To.; und im laufenden Jahr wird er, wenn der Inlandspreis nicht ganz erheblich herabgesetzt wird, um einige weitere Millionen sinken. Mit den enormen Kohlenpreisen hat die gesamte Bevölkerung Polens — soweit sie sich überhaupt noch Kohlen leisten kann — für die Scheinblüte eines einzelnen Industriezweiges und für die Aufrechterhaltung eines sinnlosen Exportes zu zahlen, mit dem die Existenzberechtigung des Gdingener Hafens bewiesen werden soll. Der Kohlenindustrie und der gesamten Bevölkerung Polens wäre mehr gedient, wenn die Kohle, statt zu Verlustpreisen cuf die nordischen Märkte geworfen zu werden, zu mäßigen Preisen im Inlande abgesetzt würde. Allerdings wäre damit die Sinnlosigkeit des Gdingener Hafens, der 90 v. H. seines Güterumschlages verlieren würde, bewiesen.

Bresturteil bestätigt: 25 Jahre Gefängnis.

Vom Appellationsgericht in Warschau wurde das Urteil gegen die Führer der oppositionellen Parteien, die ehemaligen Gefangenen des Brester Militärgefängnisses, bestätigt. Weder die Angeklagten noch ihre Verteidiger waren zu der Urteilsverkündung erschienen. Es wurden verurteilt: N. Barlicki zu 2½ Jahren Gefängnis; A. Ciołkosz zu 3 Jahren Gefängnis; St. Dubois zu 3 Jahren Gefängnis; H. Liebermann zu 2½ Jahren Gefängnis; M. Mastek zu 3 Jahren Gefängnis; A. Pragier zu 3 Jahren Gefängnis; K. Bagiński zu 2 Jahren Gefängnis; Wł. Kiernik zu 2½ Jahren Gefängnis; S. Putek zu 3 Jahren Gefängnis; W. Witos zu 1½ Jahr Gefängnis. In der mündlichen Urteilsbegründung bemerkte der Vorsitzende, das Gericht halte das Urteil der ersten Instanz in allen Teilen für richtig und stütze seinen Spruch auf folgende Grundlagen: Eine Verschwörung lag wirklich vor. Auf Grund des Beweismaterials ist das Gericht zu der vollen Überzeugung gelangt, daß der Beweis einer Verständigung zum Zweck eines gewaltsamen Sturzes der Regierung vollkommen gelungen sei. Es wurden sogar Vorbereitungen zur Durchführung des Putsches getroffen. Außer mit Gefängnis wurden die Verurteilten mit Verlust der öffentlichen Rechte bestraft. Das bedeutet: Witos verliert den Weißen Adlerorden und das Abgeordnetenmandat, Dr. Liebermann: das Abgeordnetenmandat, die Advokatenstellung und den Rang eines Oberstleutnants in der Reserve, Barlicki: das Abgeordnetenmandat, Dr. Kiernik: das Abgeordnetenmandat und die Advokatenstellung, Dr. Pragier: die Stellung eines Professors an der Freien Hochschule in Warschau, die Advokatenstellung und das Abgeordnetenmandat, Ciołkosz: das Abgeordnetenmandat und die Anwartschaft auf die Advokatur; Dr. Putek: die Anwartschaft auf die Advokatur; Bagiński: den Orden „Virtuti Militari" und den Offiziersrang. — Die Verteidiger der Brestgefangenen haben die Kassationsklage eingereicht.

Kein Verzicht auf Wilna.

Am 15. Jahrestag der Unabhängigkeit Litauens hielt der litauische Staatspräsident Smetona eine Rundfunkrede, in der er einen Überblick über die Geschichte Litauens, insbesondere in der Nachkriegszeit, gab und in der er wiederum scharf den Anspruch Litauens auf Wilna betonte. Litauen, sagte Smetona, habe seine Freiheit nicht mit Waffengewalt, sondern auf Grund des Selbstbestimmungsrechtes der Nationen wiedererlangt. (Es wurde bekanntlich durch deutsche Truppen von der russischen Herrschaft, der gegenüber die Berufung auf das Selbstbestimmungsrecht wenig gefruchtet hätte, befreit und als Staat vom Deutschen Reiche geschaffen.) Die erste Periode der Geschichte des neuen litauischen Staates habe ihren Anfang genommen im Jahre 1917 in einer Zusammenkunft litauischer Politiker in Wilna. Am 16. Februar 1917 sei dann unter Umgehung der Zensur die Unabhängigkeitserklärung veröffentlicht worden. Als im Herbst 1918 die deutschen Truppen Wilna verließen, habe der Landesrat sich nach Kowno zurückziehen müssen, wo die Wahl des Präsidenten stattfand. Die zweite Periode bezeichnete Smetona als die Zeit der Parlamentsdemokratie, in der das Wilnagebiet an Polen verlorenging, in der aber auch der litauische Staat innerlich zu erstarken begonnen habe. Der dritte Entwicklungsabschnitt begann mit dem Umsturz vom 17. Dezember 1926, in dem die neue Richtung, die national-staatliche, zur Führung gelangte. In dieser Zeit habe die nationale Regierung wichtige Erfolge zu verzeichnen, wenn auch die Wilnafrage noch nicht gelöst sei. Präsident Smetona appellierte an den Opfermut und den Patriotismus seiner Landsleute. Er schloß mit den Worten: „Wenn Litauen seinen Weg, ohne abzuweichen, weitergehen wird, so wird es auch Wilna, die Wiege der litauischen Freiheit, zurückgewinnen. Wir müssen nur aushalten!"

Aus dem polnischen Völkergefängnis.

Polnische Lehrermoral.

In Hoheneiche bei Bromberg schikanieren die beiden polnischen Lehrer der dortigen staatlichen Volksschule seit einiger Zeit die Kinder der deutschen Familie Hermann Tetzlaff in ganz unerhörter Weise. Die Strafmethoden dieser beiden „Pädagogen“ scheinen dem finstersten Mittelalter entnommen zu sein, denn anders kann man es nicht bezeichnen, wenn man von Augenzeugen erfährt, daß der Lehrer Wollnik die Schüler Tetzlaff und Waldemar Krüger eine Stunde auf dem Erdboden der Klasse knien ließ, weil sie kein eigenes Lesebuch hatten. Nach dieser Tortur wurde ihnen gedroht, daß sie das nächste Mal auf scharfen Steinen knien müssen, wenn sie sich nicht ein Buch anschaffen würden.

Der Geist, der diese „Jugenderzieher“ beherrscht, läßt auch sonst an Eindeutigkeit nichts zu wünschen übrig; einer der Lehrer sagte im Hinblick auf die Kanzlerschaft Hitlers zu den Kindern wörtlich: „Wenn es mit den Deutschen Krieg geben sollte, dann müßt ihr den deutschen Kindern alle die Hälse abschneiden!“ Das Hauptstück an Zynismus und Unverschämtheit leistete sich aber der Lehrer Kiß im folgenden Fall: Frau Tetzlaff, die Mutter von sieben Knaben, suchte mit ihm eine Aussprache wegen verschiedener Schikanen, die ihre Kinder von dem Lehrer erfahren hatten. Als es endlich zu einer Aussprache auf dem Schulhofe kam, wurde der Lehrer sehr erregt und ließ sich auf alle Einwände der Frau nicht ein. Auf die Bemerkung von Frau Tetzlaff, daß sie es nicht leicht habe, weil sie sieben Kinder habe, sagte der Lehrer Kiß: „Ganz wie eine Sau!“ Kaum hatte er diese Beschimpfung ausgesprochen, da versetzte ihm Frau Tetzlaff zwei schallende Ohrfeigen, und die Unterredung war für dieses Mal beendet.

Dieser Vorgang hatte ein gerichtliches Nachspiel, denn der Lehrer verklagte Frau Tetzlaff wegen tätlichen Angriffs. Das Gericht verurteilte Frau Tetzlaff zu 100 Zloty Geldstrafe, nicht weil sie den Lehrer geschlagen hat, sondern weil es in der Amtszeit geschehen war. Die Strafe wurde ihr allerdings auf Grund der Amnestie erlassen. Dieses Benehmen eines Lehrers und Volksbildners, der selbst Vater von drei Kindern ist, gibt ein deutliches Bild von der unerhörten sittlichen Verkommenheit dieses polnischen Lehrers, der es wagt, eine Mutter derart zu beleidigen. Indirekt hat dieser polnische Beamte aber nicht nur die Frau selbst in unerhörtester Weise beschimpft, sondern, so merkwürdig es klingt, auch seinen eigenen, nämlich den polnischen Staatspräsidenten, denn dieser stand bei dem siebenten Jungen der Frau Tetzlaff Pate, und das Kind wird wie alle Patenkinder des polnischen Staatspräsidenten Freischule in jeder höheren Lehranstalt genießen. Man kann neugierig sein, was der polnische Staatspräsident zu diesem Volksbildner sagen wird, wenn er die Beschwerde der Frau erhält.

Ein weiteres Beispiel polnischer Lehrermoral: An die Schulentlassung des 14jährigen Knaben Siegfried Raatz, der die polnische Sprache noch schlecht beherrscht, wurde die Bedingung geknüpft, daß seine Eltern dem Lehrer einen Zentner Kartoffeln, Hafer und Gerste abliefern müßten. Und tatsächlich wurde das Kind erst entlassen, nachdem der Lehrer diese Naturalien in Empfang genommen hatte. Die Beschwerde über diese seltsamen Entlassungsbedingungen ist noch nicht erledigt.

Die deutschen Familiennamen.

Der Westmarkenverein betreibt in Ostoberschlesien eine intensive Aktion zur Entdeutschung der Zunamen und wirkt auf die Eltern ein, daß sie ihren Kindern fortan nur polnische Vornamen geben. Der Gebrauch der deutschen Sprache in den Geschäften, auf dem Markt, in der Eisenbahn und an allen öffentlichen Plätzen stößt auf große Schwierigkeiten, und nicht einmal vor den Friedhöfen wird haltgemacht, die als wichtige Massendenkmäler des Polentums für die Beweisführung, daß Oberschlesien „urpolnisches“ Land ist, eine große Rolle spielen sollen. Bezeichnend ist da der Vorwurf, der in der polnischen Presse dem eingewanderten Element gemacht wird, das zwar in die Kolonie Oberschlesien gekommen sei, um hier Geld zu verdienen, aber im Todesfall nach der polnischen Heimat übergeführt werde, anstatt die oberschlesische Erde mit seinen urpolnischen Namen zu zieren und für das Polentum Oberschlesiens Zeugnis abzulegen.

Polnischer Terrorakt: 40 Verletzte.

In Eggertshütte, Kreis Karthaus, veranstaltete der Deutsche Landbund kürzlich ein Winterfest. Trotzdem es sich bei der Veranstaltung um eine geschlossene Feier handelte, drangen abends acht Polen unter Führung des polnischen Lehrers Jagielski aus dem Nachbardorf Kamehlen in den Saal ein und begannen dort Streit. Der polnische Lehrer bedrohte die Anwesenden mit einem Revolver, die anderen Eindringlinge, unter denen sich auch ein polnischer Grenzbeamter befand, schlugen mit Totschlägern, Stühlen und Knüppeln auf die Anwesenden ein. Etwa 40 Personen wurden verletzt, darunter einige schwer. Unter den Verletzten befinden sich auch zahlreiche Frauen. Dem Staatsanwalt ist Anzeige erstattet worden. Allgemein herrscht die Ansicht, daß der Überfall von polnischer Seite vorbereitet war.

Polnische „Geschichtsforschung“.

Polnische Lügen um Veit Stoß.

Ein Beispiel dafür, wie die Polen mit berühmten Deutschen, deren Leistung sie einmal ausnahmsweise nicht in gehässiger Weise herabsetzen, umzugehen pflegen, ist die dreiste Art, mit der sie den Nürnberger Bildhauer Veit Stoß für sich in Anspruch nehmen. Jedes polnische Kind lernt in der Schule, daß „Wit Stwosz“ (so verhunzen die Polen den deutschen Namen) ein Pole gewesen sei. Um nun diesen Anspruch auf die Leistung eines deutschen Menschen auch dem Ausland gegenüber zu dokumentieren, beabsichtigt das polnische Postministerium, einer Meldung des „Robotnik“ zufolge, aus Anlaß des 400jährigen Todestages des Veit Stoß, der in dieses Jahr fällt, Briefmarken mit dem Bildnisse des Künstlers herauszugeben. Die Tatsache, daß sich hervorragende Arbeiten dieses Bildhauers in der Marienkirche zu Krakau befinden, hat die Polen dazu veranlaßt, ihn für sich in Anspruch zu nehmen. Es ist aber längst erwiesen, daß Veit Stoß, der in Nürnberg lebte und starb (alle Besucher dieser Stadt kennen seinen herrlichen englischen Gruß in der Lorenzkirche) ein Deutscher war. Alle seine Werke sind von dem reinsten deutschen Geist durchdrungen.

Ferner rüstet man aus dem gleichen Anlaß in Krakau zu einer Veit-Stoß-Feier, die von der „Gesellschaft der Freunde der Geschichte und Altertümer Krakaus“ zusammen mit dem Kongreß slawischer Gelehrter (!) und dem „Tage zum Kultus Krakaus“ veranstaltet werden soll. Die Gesellschaft bereitet außerdem eine Festausgabe vor — ein Album mit deutschem und polnischem Text — dessen Bearbeitung Professor Szydlowski übernommen hat. Von diesem Forscher stammt auch ein längerer Bericht über die Restaurierung des Hochaltars in der Marienkirche zu Krakau in der wissenschaftlichen Beilage zur letztjährigen Weihnachtsnummer des Krakauer „Ilustrowany Kurjer Codzienny“. In diesem Bericht betont Szydlowski, daß es Aufgabe der Restaurierungsarbeiten gewesen sei, die Verunstaltungen und Übermalungen, welche der Altar im Laufe der Jahrhunderte, besonders durch die letzte Restaurierung in den Jahren 1866 bis 1871 erfahren habe, zu beseitigen und so die erste, noch aus dem letzten Drittel des 15. Jahrhunderts stammende Bemalung wieder herzustellen. Bei diesen Restaurierungsarbeiten habe sich ergeben, daß auch die bei der letzten Renovierungsarbeit (1866—1871) mit ultramarinblauer Farbe übermalten Hintergründe, auf denen die Figuren und Reliefdarstellungen ruhen, mit Malereien bedeckt gewesen sind, die in den meisten Fällen in Beziehung zu den Plastiken standen. Es sei gelungen, leider nur einen Teil dieser Malereien von den darauf liegenden Schichten von Staub und Schmutz und Übermalungen zu befreien und sie so wieder herzustellen. Der Krakauer Kunsthistoriker Dr. J. Dobrzycki schlägt in einem Artikel in der Zeitung „Czas“ vor, die jetzige günstige Gelegenheit zu benutzen und jede Einzelheit des Hochaltars durch photographische Aufnahme festzuhalten und der Einzelforschung zugänglich zu machen. Dobrzycki meint, daß hierzu 700 bis 1000 photographische Aufnahmen nötig seien. Bemerkenswert ist ferner, daß der Antropologe der Universität Krakau, J. Talko-Hryncewicz, die Gelegenheit benutzt hat, um die von Stoß gewählten Gesichts- und Körperformen einer eingehenden Untersuchung zu unterziehen. Er kommt hierbei (ebenfalls in einem Artikel im „Czas“) zu dem Schluß, daß bei den Vertretern der niederen Rasse (Soldaten, Henkersknechten) mongoloide Züge zu beobachten seien in Verbindung mit kräftigem gedrungenem Körperbau, dunklerer Hautfarbe, breitem Gesicht, breiter Nase. Bei dieser Gelegenheit macht Talko-Hryncewicz einige interessante Mitteilungen über die Entstehung des Kunstwerkes: „Die Errichtung des Marienaltars fiel in die Zeit des Antagonismus der zwei miteinander kämpfenden Elemente: des zugewanderten und zur Macht strebenden deutschen und des einheimischen, benachteiligten und durch die Zuwanderer bekämpften polnischen. Die lateinische Errichtungsurkunde, die in einem Kasten gefunden worden ist, und von der man bei der Erneuerung des Alters im Jahre 1533 eine Abschrift anfertigte, besagt, daß man den Bau im Jahre 1477 begonnen und nach 12 Jahren, im Jahre 1489, beendet hat, unter der Regierung Kasimirs und dem Bistum des Friedrich Jagiellonczyk. Von den in der Urkunde aufgezählten damaligen 27 Ratsmännern hatten 19 deutsche und kaum 8 polnische Namen. Die von dem Stadtschreiber Heydek verfaßte Urkunde erwähnt, daß der Altar ausschließlich aus deutschen Mitteln entstanden ist, und wirft den Polen vor, daß sie keinerlei Beiträge für die Erbauung des Altars geleistet haben, da sie nicht an seine Fertigstellung glaubten.“ Diese höchst bemerkenswerte Urkundenstelle bildet einen eigenartigen Auftakt zu den geplanten Feierlichkeiten, deren Ziel sein wird, Veit Stoß und sein künstlerisches Schaffen in Krakau für das Polentum und die polnische Kultur zu reklamieren.

Danzig und Polen.

Rechtskonzentration in Danzig?

Die nationale Erhebung, die mit der Kanzlerschaft Hitlers im Reiche begonnen hat, wird sich — wie zu erwarten war — auch auf das deutsche Danzig im Sinne eines Zusammenschlusses der nationalen Parteien auswirken. Seitens der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei und besonders seitens des Abgeordneten Greiser ist in letzter Zeit wiederholt erklärt worden, daß die NSDAP. in Danzig bereit sei, die Mitverantwortung für die Führung der Regierung zu übernehmen. Die NSDAP. hat die Neubildung einer Regierung unter Heranziehung aller nationalen Kräfte, aber unter Ausschluß der marxistischen Parteien gefordert. Mit Rücksicht darauf sowie in Verfolg einer Unterredung, die der Senatspräsident Dr. Ziehm mit Vertretern der Nationalsozialisten gehabt hat und worin diese dem Präsidenten Ziehm bestimmte Forderungen unterbreitet haben, hat der Danziger Senat zu diesen Fragen Stellung genommen. Er hat der NSDAP. mitgeteilt, daß die in der Regierung vertretenen politischen Parteien bereit seien, die bestehende Regierungskoalition durch die Nationalsozialisten zu erweitern. Die Regierungsparteien sähen einem Antrag der NSDAP. zur Aufnahme der Verhandlungen entgegen. Es ist zu hoffen, daß diese Verhandlungen zu einem Ergebnis führen, das den sonst kaum zu vermeidenden scharfen innerpolitischen Kampf in dem von Polen stark bedrängten Danzig erübrigt.

Keine Entspannung Danzig—Polen.

Obwohl durch Beschluß des Völkerbundsrates am 1. Februar 1933 rechtskräftig entschieden worden ist, daß Danzig in seinen Betrieben nationalisierte Waren ungehindert nach Polen einführen darf, und obwohl die polnische Regierung — ebenfalls durch Ratsbeschluß — im Mai 1932 verpflichtet worden war, der Einfuhr von Waren aus dem Danziger passiven Veredlungsverkehr nach Polen keine weiteren Schwierigkeiten zu bereiten, werden die Sperrmaßnahmen gegen Danziger Waren jeder Art auch jetzt noch in unverminderter Schärfe aufrechterhalten. Nach wie vor müssen sich die Danziger Firmen, wenn sie sich und ihre polnischen Abnehmer nicht den stärksten Schikanen der polnischen Zollbehörden aussetzen wollen, der Betriebskontrolle und der Abstempelung der Fakturen durch das polnische „Zollinspektorat" in Danzig unterwerfen sowie den Verzicht auf Danziger Kontingente aussprechen. Erst vor wenigen Tagen noch mußte sich eine der größten Danziger Industrieunternehmungen, die Danziger Werft, den rechtswidrigen polnischen Bedingungen unterwerfen, um die Weiterführung des Betriebes zu ermöglichen. Waren doch in den letzten Wochen sämtliche Sendungen der Danziger Werft bei den polnischen Empfängern beschlagnahmt worden, mit der Begründung, daß die Waren aus dem „unzulässigen" Danziger Veredlungsverkehr stammten oder aus einfuhrverbotenen Kontingenten hergestellt seien. Ein weiteres neues Beispiel für die Nichtachtung, die Polen den Völkerbundsentscheidungen entgegenbringt, ist die Weigerung der polnischen Paßstelle in Danzig, reichsdeutschen Angestellten Danziger Firmen das Einreisevisum für Geschäftsreisen nach Polen zu erteilen, wenn sich die Firmen nicht den obengenannten Kontrollbedingungen fügen. Diese neueste Schikane richtet sich offenbar nicht allein gegen die Unternehmen, sondern auch gegen die Beschäftigung Reichsdeutscher in Danzig, die durch polnische Angestellte ersetzt werden sollen.

Zusammenfassend kann gesagt werden, daß bisher noch nicht die geringste Entspannung in den beiderseitigen Wirtschaftsbeziehungen eingetreten ist. Es hat vielmehr den Anschein, als ob Danzig gezwungen sein wird, sich mit neuen Anträgen an die Völkerbundsinstanzen zu wenden.

*

Polen hört die Ostsee rauschen.

Damit bei diesen ernsten Fragen des Kampfes um die Ostsee, dessen beide Gegenpole Danzig und Gdingen sind, auch der Humor einmal zur Geltung komme, sei folgender Beitrag zur Pflege der polnischen „Meeresweltanschauung" erwähnt: Anläßlich der 13. Jahrestagung der „Vermählung Polens mit dem Meere", d. h. der Ankunft der Hallertruppen an der Ostseeküste nach dem Inkrafttreten des Versailler Diktates, fand im Warschauer Rundfunk eine besondere Gedenkfeier statt. Als Sondernummer stand auch die Übertragung des Wellenrauschens im Gdingener Hafen auf dem Programm. Von feierlichen Gefühlen durchschauert, ließen die polnischen Rundfunkhörer aus dem Lautsprecher die „Meeresweltanschauung" in ihre stolz bewegte Seele plätschern. Aber am nächsten Tage wurden sie bitter enttäuscht, als sie nämlich aus der Presse erfuhren, daß gerade an ihrem „Jubeltage" in Gdingen vollkommene Windstille geherrscht hatte und daß man ihnen in Ermangelung des Wellenrauschens der Ostsee im Studio des Warschauer Rundfunks etwas vorgerauscht hatte.

Geschichtsunterricht bei der polnischen Minderheit.

Bei ihren Versuchen, alles Land rechts der Oder oder gar rechts der Saale und Elbe als „urslawisch" erscheinen zu lassen, fördern die Polen mitunter geradezu grotesken Unsinn zutage. Zwei Beispiele seien erwähnt: In der polnischen Minderheitsschule in Bomst wurde den bemitleidenswerten Kindern u. a. gelehrt, daß die Polen und Slawen nach Deutschland als Städtegründer und Kulturbringer gekommen seien. Das gehört nun ja eigentlich in die „Humorecke" einer Zeitung; denn ein einigermaßen wissender Mitteleuropäer wird sich dabei eines Schmunzelns nicht erwehren können. Das objektive Wissen um die einschlägigen geschichtlichen Vorgänge gehört bei uns bereits zur Volksschulbildung, so daß sich ein Eingehen auf diese polnische Unverschämtheit erübrigt. Und auch jeder gebildete Ausländer wird sich verbitten, daß man ihm ein solches Maß an Unwissenheit zutraut.

Ein starkes Stück haben sich die „Nowiny Codzienne" und der „Glos Pogranicza i Kaszub" (Nr. 15 vom 19. Januar 1933) geleistet. Sie bringen eine Meldung aus Berlin über die Schmirtenauer Ausgrabungen. „Diese Ausgrabungen," heißt es da, „sind zweifellos slawischen Ursprungs und zeugen von der hohen Kultur der damals das Flatower Land bewohnenden Volksstämme. Ein Teil der Ausgrabungen wird im Landesmuseum Schneidemühl ausgestellt werden. Wir ersehen hieraus, daß das Flatower Land schon seit Jahrtausenden das Heimatland des slawischen polnischen Volkes ist. Wir können darauf stolz sein, müssen aber um so mehr auf die Erhaltung eines jeden Fußbreits unseres väterlichen Erbteils bedacht sein." — Dazu ist zu bemerken: Es steht fest, daß die Träger der Kultur, deren Zeugen die Schmirtenauer Funde sind, Nordindogermanen gewesen sind, Vorfahren der späteren Germanen. Von „viertausendjähriger slawischer Kultur" zu reden ist für die gesamte europäische Wissenschaft (mit Ausnahme wahrscheinlich der polnischen) ein überraschendes Novum, dessen Entdeckung den eifrigen polnischen Zeitungsleuten zu verdanken ist. Bei den Schmirtenauer Funden an Slawen zu denken, kommt der Wissenschaft nicht in den Sinn.

Romuald Traugutt.

Die Polen haben im Januar die Erinnerung an den Aufstand von 1863 gefeiert. In den Gedenkreden ist vor allem der Name des Mannes genannt worden, der, „groß an unermeßlichem Opfermute, Reinheit und Keuschheit des Lebens, an bewundernswürdiger Charakterstärke und unvergleichlicher Vaterlandsliebe", die stärkste Führerpersönlichkeit dieses Aufstandes war: Romuald Traugutt. Es hätte den polnischen Festrednern das Konzept verdorben, wenn sie in das begeisterte Lob, das sie diesem Helden des Januaraufstandes gespendet haben, die kleine Mitteilung hätten einfließen lassen, daß dieses Lob einem Manne deutscher Abstammung gilt. Romuald Traugotts Großvater war z. Z. der Sachsenkönige, wie viele andere Familien, aus Sachsen nach Polen übergesiedelt und hat sich damals als Kapitän der Koskiuszkolegionäre an der Verteidigung Warschaus beteiligt. Romuald Traugutt, der als russischer Offizier am Krimkriege teilgenommen hatte, wurde im Jahre 1863 zunächst als Führer der Aufständischen in Polesien, dann als General in Warschau, als bevollmächtigter Unterhändler in Paris und London und schließlich, nach seiner Rückkehr aus dem Auslande, als Chef der „Nationalregierung" die eigentliche Seele des Kampfes gegen die Russen. Er bildete die zerstreuten Truppenteile der aufständischen Polen zu einem geordneten Heere um und ernannte die Generale Heidenreich und Graf von Hauke, gleichfalls zwei Männer deutscher Abstammung, zu dessen Führern und berief Heinrich Wohl, wiederum einen Mann deutscher Abstammung, als Finanzminister in sein „Kabinett". Am 5. August 1864 büßte er in der Warschauer Zitadelle seinen Kampf um Polen am Galgen. Sein Haus in Warschau ist heute mit einer Gedenktafel geschmückt; in der Zitadelle steht ein Kreuz zur Erinnerung an diesen Aufstandsführer, an dem sich, wie an so vielen, die Tragik des deutschen Blutes in Polen erfüllt hat.

Ostland-Kultur

Der polnische Aufstand in Posen.

(3. Fortsetzung.) Von **Hermann Pischke.**

Ich war in Unterberg, einem Ausflugsort 18 Kilometer von Posen entfernt. Das Dörfchen lag an der Bahnstrecke nach Breslau und an der Warthe in lieblicher Gegend, von allen Seiten von staatlichen Wäldern umgeben. Das Dorf war rein deutsch. Als es aber als Ausflugsort entdeckt war, entstanden dort viele Landhäuser. Auch ich hatte dort ein Gartenhaus. In der letzten Zeit drängte der aufstrebende Teil der polnischen Bürgerschaft mit Macht in die Siedlung hinein. Er war durchweg polnisch-national eingestellt. Man konnte da seine eigenartigen Beobachtungen machen. Dort hatte auch der Verein junger polnischer Kaufleute ein eigenes Heim. Vor allem fiel der Besuch auf, der aus Kongreßpolen und Galizien dort einkehrte.

Es war Ferienzeit. Ich wollte für eine Woche ausspannen. Jede Post war in der Stadt geblieben. Mein Garten und meine fünf Kinder, die zwischen einem und acht Jahren standen, beschäftigten mich. Ich hatte die Welt absichtlich aus meinem Tagewerk ausgeschaltet. Da besuchte mich am Freitag, dem 31. Juli, mein Bruder. Er kam von meiner lieben Mutter in Westpreußen über Bromberg. Harmlos erzählte er den Kindern in seiner lebendigen Weise: „Heute bin ich gefahren wie der Zar aller Reußen. An jeder Brücke stand ein Doppelposten." Ich erschrak. „Es gibt Krieg! Mutter, wir packen und ziehen in die Stadt. Ich bin da nötig!" Gelächter, Spott, grausame Späße über meine politische Vernunft. Man wollte nicht glauben. „Krieg", das war ein unfaßbares Wort. Da sich niemand rührte, holte ich den großen Bettsack, stopfte die Betten darein und lud ihn auf unseren kleinen Ziehwagen. Da kam der Schulze Kaltenbach mit seinem Schulzenstock, dem offiziellen Zeichen seiner amtlichen Würde, vorbei. Er öffnete die Tür, stieß mit dem Stock auf den Boden und rief: „Amtlich wird bekanntgegeben, daß die Mobilmachung droht. Es hat sich jedermann darauf einzurichten." Nun ging es zur Bahn. Wir kamen noch mit dem Extrazuge mit, dem letzten auf lange Zeit. Die Bahnwagen waren bereits zur Sammlung angefordert.

Auf dem Bahnhof in Posen war bereits große Aufregung. Posten mit Tafeln an langen Stöcken warteten auf die drahtlich zurückberufenen Urlauber. Die Straßen waren voll Leben. Eilige Fuhrwerke schafften Reisende und Gepäck fort. Wohin man sah, überall Aufregung, Besorgnis, Schmerz. Am Aushang vor dem Posener Tageblatt in der Tiergartenstraße stauten sich die Menschen, um die letzten Nachrichten zu lesen. Das Militär, das sonst zu dieser Zeit die Straßen belebte, fehlte in den Straßen. Es sah sehr ernst aus. Ohne Zweifel befanden wir uns in den Vorbereitungen zur Mobilmachung.

Am Sonnabend, dem 1. August, in aller Frühe, trieb mich die Ungeduld zum Aushang an dem Posener Tageblatt. Noch war der Verkehr gering. Ich stand und las. Da traten in lebhaftem Gespräch ein Generalstäbler mit den Abzeichen eines Stabsoffiziers und ein polnischer Herr der besten Gesellschaft mit einem Monokel im Auge heran. Ich hörte: „Aber ich bitte Sie, was soll uns Kongreßpolen ohne Meer?" „Sie meinen das Schwarze?" „O nein, nein, die Ostsee! Was soll uns Polen ohne die Ostsee? Es gibt keine polnische Lösung ohne die Ostsee." Sie gingen. Ich nach, ging vor und ließ sie zwei- oder dreimal an mir vorübergehen. Da wurden sie aufmerksam, sahen mich mißtrauisch an und bogen von der Martinstraße ab in die Viktoriastraße. Die aufgefangenen Brocken gaben Zeugnis von einer lebhaften Auseinandersetzung. Auf einer Seite ging die Empfehlung eines selbständigen Polens auf Rußlands Kosten im Anschluß an Deutschland, auf der anderen das Verlangen nach einem Polen bis zur Ostsee. Der Gegensatz war da, ehe die Mobilmachung ausgesprochen war. Das entgegenkommende Angebot des Deutschen wurde von dem Polen schroff zurückgewiesen. Solch ein Erlebnis konnte der Generalstabsoffizier in dieser Zeit nicht für sich behalten. Er mußte berichten. Man wäre also mindestens zur äußersten Vorsicht gezwungen gewesen.

Eine zweite vielsagende Erfahrung machte ich gleich darauf in meinem eigenen Hause. Meine Frau beschäftigte eine Aufwartung. Es war eine Bambergerin aus der Posener Straße, die Frau eines Eisenbahnangestellten. Sie sprach noch ein reines Deutsch, einen guten Dialekt, den sie im elterlichen Hause als Familiensprache gelernt hatte, wie alle Bamberger, die dreißig und darüber waren. Die jüngere Generation war bereits völlig verpolt. Die Aufwartefrau hatte einen Bahnarbeiter, später Angestellten, mit polnischem Namen geheiratet. Auch in ihrer Familie wurde nur noch polnisch gesprochen. Ihr Mann war Pole von Gesinnung, wie schließlich alle Bamberger auch. Sie waren von der polnischen Geistlichkeit mit Zustimmung der preußischen Regierung restlos trotz größten Widerstandes zum Polentum hinübergeführt. Sie trat am Sonnabend früh, also dem 1. August, ihren Dienst wieder an. Sie war völlig verstört. Sie jammerte in einem fort: „Was wird nur werden? Wir gehen nicht mit (in den Krieg)! Wir wissen noch nicht, ob wir mitgehen werden." Und am Nachmittag: „Morgen, in der Kirche, wird uns gesagt werden, was wir tun sollen." Am Sonntag kam sie nach der Kirche erleichtert zu uns gelaufen, obwohl sie für den Tag dienstfrei war. „Mir ist ein Stein vom Herzen! Wir gehen mit. Der Pfarrer hat gesagt, wir gehen mit. Es wird uns gut sein, wenn wir mitgehen!" Das stolperte so durcheinander wie im Selbstgespräch. Die Frau war sehr aufgeregt. Die Bemerkungen aber ließen vieles vermuten. Man war sich also auf polnischer Seite zuerst nicht völlig klar, was man tun sollte. Die Dominsel hatte aber eine bestimmte Parole ausgegeben. Sie löste die Zweifel. Sicher standen hinter ihr auch die polnischen Patrioten. Die Verkündung durch den Mund der Geistlichen sicherte dem Gebot Gehorsam und Weihe. Wie dieses Gebot gemeint war, das werden die Anführungen aus der Schrift des späteren Polizeipräsidenten Rzepecki weiterhin zeigen.

Am Sonnabend gegen Abend wurde die Mobilmachung bekanntgegeben. Am Nachmittag rollten auch schon die ersten Reserven heran. Schweigend, im tiefsten Ernst zogen die Kolonnen geordnet in die Stadt ein. Kein Lied wurde gesungen. Nirgends eine Störung. Es lag wie ein schwerer seelischer Druck über allen Menschen. Alles wickelte sich in musterhafter Ordnung ab. Ich stand auf der Schloßbrücke. Ein alter Herr trat heran: „Sehen Sie doch diese Ordnung, diesen Ernst! Ich habe 66 und 70/71 mitgemacht. Da war es nicht so. Es ist mehr Vernunft und mehr Bildung in die Menschheit gekommen. Deutschland kann stolz sein auf seine Soldaten!" Erst bei den Einkleidungsmärschen am nächsten Tage fand sich der Gesang, der dann zwei Wochen lang in der ganzen Stadt widerhallte.

Allmählich füllte sich die Stadt mit Soldaten. Alle Quartiere waren übervoll. Sonnige Tage. Kein Wölkchen am Himmel. Kein Lüftchen bewegte sich. Wonnige Abende und wonnige Nächte. Überall saßen die Soldaten auf Stühlen in den Straßen. Alles schien eine große Familie geworden zu sein. Kameradschaft und Offenherzigkeit überall. Entgegenkommen von allen Seiten. Die Standesunterschiede waren verschwunden. Offizier und Mann eins im Dienst am Vaterlande. Auch die bürgerliche Bevölkerung beteiligte sich an jeder Art von Vorbereitungen. Jeder fand zu tun. Ich fuhr mit drei Wagen Stroh und machte Nachtquartiere.

Dieses dichte Gewühl harmlosester Menschen, die im Angesicht der kommenden Gefahr miteinander scherzten und ihr Herz stets auf der Zunge trugen, war wie geschaffen, zu spionieren und verräterischen Plänen nachzugehen. Das haben die Polen gründlich ausgenutzt. Auch unsereins kam allmählich hoch. Der Verbrauch wuchs. Die Preise zogen sprungweise an. Die Schiebung begann. Ein polnischer Graf v. M. . . . suchte noch schnell einen großen Posten von Korn ins Ausland zu verschieben. Das wurde entdeckt. Nun sollte es nicht wahr sein. Die Gutssekretärin war allein schuld. Sie nahm auch alles auf sich. Das Offizierkorps der Breslauer Kürassiere, bei denen der Graf aktiver Offizier gewesen war, stellte ihm eine Ehrenerklärung aus. Der bloßgestellte Herr meldete sich nun zum freiwilligen Eintritt ins Militär. Damit hatte dieser Verrat ein Ende. Man hat nicht mehr von irgendeiner Bestrafung gehört.

Die Pressezensur waltete ihres Amtes. Höchst ungeschickt entledigte sie sich ihres Auftrages wie ein kleinlicher Schulmeister, der mit dem Rotstift an jedem Schnörkel streicht. Sie verstand ihren hohen Beruf in dieser bedeutsamen Zeit nicht. Sie strich, was sie nichts anging, und ließ Unmögliches durch. Ihr Versuch, sich anzulernen, wurde gar zu teuer erkauft. Die Blätter erschienen mit weißen Feldern. Keine Vorsicht konnte davor schützen. Ich habe bis in meine Mannesjahre die Kriegsjahrgänge „Über Land und Meer" aufbewahrt und immer wieder gelesen. Was war Bismarck doch für ein großzügiger Mann! Wie weit ließ man dem Spiel der Kräfte damals freies Feld! Auch schärfste Kritik ließ man gehen. So war man stets über die Stimmung im Volke gut unterrichtet. Hier glaubte man, im Osten wohl stark regulierend wirken zu müssen und richtete Schaden an. Ich habe vor mir das Posener Tageblatt, eine freikonservative Zeitung, Juli bis Dezember 1914. Es ist auffällig, wie polenfreundlich die Zensur die Zeitung hielt. Jedes Blatt strotzt förmlich von polenfreundlichen Meldungen. „Revolution in Warschau!" „Russen von Polen geschlagen!" „Mobilmachung in Polen völlig mißlungen!" so ging das in einem fort. Die Erfahrungen vieler Jahre hätten hier zur äußersten Vorsicht mahnen müssen. Durch das Verhalten der Zensur wurde die Bevölkerung getäuscht, und zwar nur die deutsche. Die Polen waren unterrichtet. Manch wachsames Auge wurde eingeschläfert. Eine bestimmte öffentliche Meinung über die Stellung zur polnischen Betätigung kam nicht auf, und die Verwaltung wie die Heeresleitung blieben ohne eine höchst wichtige Aufklärung.

So bringt z. B. das Blatt vom 19. August 1914 Nr. 385 im lokalen Teil einen langen Artikel mit einem überschwenglichen Lob der Polen und ihrer Treue. Da werden Zeugnisse über ihr Wohlverhalten aufgezählt. Man rühmt auch ihren Eifer, Soldaten in ihre Familien aufzunehmen und zu verpflegen. Wie das bei den Polen gemeint war, belehrt uns eine polnische Stimme, der niemand zutrauen wird, daß sie gegen die eigenen Volksgenossen falsches Zeugnis reden kann. Der spätere polnische Polizeipräsident in Polen, Karl Rzepecki, hat gleich nach der Revolution ein Buch geschrieben: „Der Dezemberaufstand in Großpolen, den 27. Dezember 1918". Dort spricht er es ganz offen aus, daß man in polnischen Kreisen an solch Wohlverhalten gar nicht dachte. Er erzählt vielmehr mit Stolz in großer Ausführlichkeit, daß von Anbeginn des Krieges die Polen

alles getan hätten, um Deutschland zu schädigen. So sei zwar die Partei der Nationaldemokraten (Richtung Dmowski) im Kriege äußerlich nicht in Erscheinung getreten, obwohl sie die stärkste polnische Partei in Posen war und Mitglieder aus allen Schichten der Bevölkerung zählte. Selbst hohe Würdenträger der polnisch-katholischen Kirche hätten ihr angehört. Sie hätte aber dennoch auf das rührigste in polnischem Sinne gearbeitet. Ihre Mitglieder seien so ausgebildet gewesen, daß sie keiner Weisung bedurften. Darum wären auch alle Versammlungen unterblieben. Vor allem hätten sie sich zum Ziele gesetzt, den Keim der Zersetzung in das deutsche Heer zu tragen. Sie gaben schon während der Mobilmachung ihren Mitgliedern und den Sokols, also allen Vertrauenspersonen, kleine Kreuze als Amulette mit, die sie ermahnen sollten: „Denke an die Stärkung des Geistes unter den Landsleuten! Frankreich und Rußland sind so wenig wie möglich zu schädigen.“ „Hilf uns wohlgesinnter Bevölkerung.“ „Halte mit den Brüdern zusammen, und, wenn sich eine Gelegenheit bietet, verdufte! Paß auf, und gestelle dich auf den Ruf hin, wenn der weiße Adler seine Flügel zum Fluge entfalten wird.“

Mit den deutschen Truppen marschierte also vom ersten Augenblick an in ihren eigenen Reihen der organisierte Verrat. Deutsche Soldaten polnischer Herkunft hatten den Auftrag, ihrer eigenen Armee soviel wie möglich zu schaden. Äußerlich im Kleide der Loyalität, setzte man sich über alles, was Treueid und Kameradschaft und dergleichen bedeutet, ohne Bedenken hinweg. Man kann in der Geschichte bei allen Völkern Beispiele finden, wo je nach dem Vorteil die Partei gewechselt wurde. Der Bruch der Bündnisse ist sogar im Weltkriege gegen Deutschland zum System erhoben worden. Daß aber der einzelne Mann unter Führung hoher Würdenträger seiner Kirche veranlaßt wird, mit allem, was im Staatsleben heilig gehalten wird, zu brechen, das dürfte wohl einzig dastehen. Das ist das Fundament, auf dem die polnische Bewegung im Kriege und später die Errichtung des polnischen Staates ruht.

Daß diese Züge von eigenen Volksgenossen bloßgelegt worden sind, mußte der polnischen Regierung und dem polnischen Volksbewußtsein unangenehm sein. Die Regierung ließ das Buch darum aus dem Handel zurückziehen und einstampfen. Ich hatte es mir durch Vermittlung eines Freundes besorgt und ging daran, es zu übersetzen. Da erbat es sich ein Ostmärker in Berlin für einen Vortrag. Bestimmt ist dieser von Polen belauscht worden, wie das noch heute geschieht. Das Buch von Rzepecki spielte darin eine große Rolle. Am nächsten Tage verschwand es aus der Wohnung des Ostmärkers und ist nicht mehr gefunden worden. Soll man das für einen Zufall halten? Es wurde späterhin ein anderes Exemplar besorgt, von dem jetzt in Deutschland eine Reihe von Abschriften vorhanden ist. Sollte die Öffentlichkeit an meinen Ausführungen ein so starkes Interesse zeigen, daß sich die Drucklegung in Buchform lohnte, so dürfte es wohl möglich sein, die Ausführungen Rzepeckis im Anhang zu bringen.

Ungestraft hat Polen allerdings nicht gehandelt. Wie der Geist eines Erschlagenen dem Mörder allnächtlich als Spuk erscheint, so ängstigt Polen heute das Dasein seiner Minderheit. Daraus erwächst die grausame Politik, sie niederzuhalten. Polens Gewissen gibt ihm keine Ruhe. Es fürchtet, daß bei kommenden Auseinandersetzungen auch in seinem Lande mit gleicher Münze gezahlt werden könnte. —

Nach vierzehntägiger Ausrüstung begann der Abmarsch der Truppen zur Front. Abends zogen die Regimenter still zur Bahn und fuhren in der Nacht davon. Am 20. August konnte der Unterricht in den Schulen wieder aufgenommen werden. Hin und wieder zeigten sich nun auch Merkmale der unzuverlässigen polnischen Gesinnung. So mußte es in Unterberg auffallen, wenn die polnische Jugend die Nachrichten von immer neuen Kriegserklärungen mit geradezu unbezähmbarer Freude aufnahm. Von deutscher Seite wurde das als Beleidigung empfunden. In der Linkeschen privaten Mädchenschule, die fast nur von polnischen Schülerinnen besucht wurde, zeigten die Mädchen ein auffälliges Verhalten. Als eine deutsche Lehrerin die letzten Ereignisse besprechen wollte und auf die Russengefahr hinwies, ließen die Mädchen sie gar nicht weiter sprechen. Sie gaben ihrer Verwunderung ganz unverhalten Ausdruck, wie man etwas gegen das Einrücken der Russen haben könnte. Sie wünschten ihr Kommen, weil sie gern sehen möchten, wie es unter den Russen sein würde. Auf einem Nachbargut von Posen versuchten die Sokols bei Nacht und verschlossenen Toren eine Versammlung abzuhalten. Kriminalbeamte stiegen über die Mauer und zerstreuten sie. Natürlich waren dergleichen Vorkommnisse bekannt. Sie paßten aber nicht in die Linie der großen Politik. Die Behörden sahen absichtlich darüber hinweg, und die untergeordneten Stellen mußten sich fügen.

Die Russen hatten mittlerweile die Grenztruppen und die Garnisonen in der Nähe der Grenze zurückgezogen. Vorräte, Bahnhöfe und Kasernen waren an den gefährdetsten Orten verbrannt worden. Die Truppen wurden zunächst bis an die Weichsel zurückgenommen. Unter dem 18. August brachte das „Pos. Tageblatt“ einen Bericht, daß die Russen beim Verlassen die Stadt Kalisch angezündet hätten. Auch die Kathedrale. Die deutschen Truppen hätten das möglichste getan, das Feuer zu löschen. Durch mündliche Berichte erfuhren wir, daß die Truppen beim Einrücken in die Stadt beschossen worden seien. Die Heeresleitung sei zur Abwehr geschritten und habe Geiseln ausgehoben. Ich war auf dem Wege zu der Druckerei Tiergartenstr. 6, wohin mich meine Arbeit täglich führte. Da fand ich die Straße nach dem Bahnhof und im Berliner Tor Kopf an Kopf voller Menschen. Ich erfuhr, daß eben die Geiseln aus Kalisch angekommen seien. Ich erkannte noch in dem Menschengewühl den Amtsrock eines katholischen Geistlichen und eines Rabbi. Die Überführung auf das Kernwerk fand also eben statt. Was Posen an polnischer Intelligenz besaß, schien unter den Zuschauern versammelt zu sein. Man zweifelte nicht mehr daran; sie hatten Nachricht erhalten. Eine eigene stille Berichterstattung mußte im Gange sein.

Sonst aber benahmen sich die Polen nach außen hin korrekt. Sie zogen sich aus der Öffentlichkeit soviel wie möglich zurück. Sie waren zu klug, um ihre innere Einstellung irgendwie zur Schau zu tragen. Nur hin und wieder verrieten sie sich. Das wurde in der Begeisterung und später in der angestrengten Arbeit und drückenden Sorge leicht übersehen. An der Front war die Gefahr des Verrates gering, solange die Truppe im scharfen Fortschreiten war. Sie wuchs erst in dem Stellungskriege empor. In der Heimat aber wußte bei den Polen jedermann, wem er sich vertrauen konnte. Die jahrzehntelange Abgeschlossenheit in ihren eigenen Gesellschaftskreisen, Genossenschaften, Berufsorganisationen und auch in ihren religiösen Übungen, bei denen die deutschen Katholiken völlig in die Franziskanerkirche zurückgedrängt worden waren, gestattete einen durchweg vertraulichen Verkehr. Und dennoch muß man die Zucht bewundern, mit der sie als Mitwisser oder Teilnehmer der Wühlarbeit ihre innere Einstellung in sich verschlossen und eine große Täuschung spielten. Denn die Werbung auf ihrer Seite zog bald weite Kreise. In dem offiziellen Deutschland sah man davon nichts. Man wollte oder sollte es auch nicht sehen. Die Feststellung unangenehmer Tatsachen paßte nicht in die Politik. Alles sollte sich nun einmal nach ihren Plänen fügen.

(Fortsetzung folgt.)

Ostkunde in den Schulen.

In der Februarausgabe der „Ostdeutschen Monatshefte“ spricht sich Paul Kluke über diese wichtigen Fragen aus und verweist dabei auf Anregungen, die ich selbst vor Jahren im „Ostland“ gebracht habe. Ich habe mich damals u. a. an die Kultusministerien der deutschen Länder gewandt, habe auch sonst in Aufsätzen zu diesen und ähnlichen Themen mich geäußert. In den Buchbesprechungen der „Ostland-Kultur“ habe ich bei Schulbüchern immer wieder auf deren Bedeutung für die Ostkunde hingewiesen, habe zugestimmt, wenn sie dem Osten gerecht zu werden versuchten, habe getadelt, wenn die Herausgeber die Bedeutung des Ostens verkannten. Ich freue mich, in Paul Kluke einen Mitkämpfer gefunden zu haben. Ich bin sogar der Meinung, daß bei der schicksalhaften Bedeutung der Ostfragen die Ostkunde aufs stärkste hervortreten und besonders in Arbeitsgemeinschaften betrieben werden müßte. Nachdem wir endlich im Reich, in Preußen und verschiedenen Ländern nationalbewußte und somit grenzlandbewußte Regierungen erhalten haben, werde ich von neuem mit Vorschlägen kommen, die nunmehr ein stärkeres Echo finden werden. **Es ist wirklich Zeit, daß die Jugend ganz Deutschlands ein Bild von der tatsächlichen Schicksalsbedeutung der Ostlande erhält.** Von der Volksschule bis zur Universität, im freien Bildungswesen, im Rundfunk, im Bücherei-, Theater- und Ausstellungswesen muß der Osten zu seinem Recht kommen, nicht nur um seiner selbst, sondern um Deutschlands willen. Im Verlagswesen und in der Presse sieht es heute schon erheblich besser aus als noch vor wenigen Jahren; der Rundfunk folgt, allerdings da und dort noch zögernd. Doch haben unsere dauernden Vorstöße auch hier manchen Erfolg gezeitigt. Im Osten wird Deutschlands Schicksal entschieden werden, und die bewußten Ostmärker sind freudig bewegt, daß die nationale Regierung Deutschlands nun auch die Gestaltung des Ostens in die Hand genommen hat.

In diesem Zusammenhang sei auf das ausgezeichnete Werk des bekannten Vorkämpfers für ein neues Deutschland und Erziehungsforschers Prof. Dr. Ernst Krieck: „Nationalpolitische Erziehung“ hingewiesen. (Leipzig, Artamanen-Verlag; 3,60 M.) Mit allem Nachdruck weist er darauf hin, daß die Wissenschaft Anteil an der allgemeinen Lebensgestaltung nehmen muß. Deutschbewußte Wissenschaft ist nicht nur möglich, sondern auch nötig, um des deutschen Lebens, um der rassischen, völkischen und persönlichen Vollendung willen. Die Erziehung hat mitzuwirken an der politischen Willensbildung, aus der allein eine neue Freiheit erwachsen kann. Im Sinne des von ihm vertretenen Nationalsozialismus, für den er von einer der früheren Regierungen gemaßregelt wurde, gibt der Verfasser eine glänzende Charakteristik dieser Freiheitsbewegung, die das Erwachen des deutschen Volkes darstellt. „Der Nationalsozialismus umfaßt Partei, allgemeine Volksbewegung, völkische Jugendbewegung, Wehrverband, Jugendbund, Massenbewegung, Gefolgschaft, politische Freiheitsbewegung, erwachendes Volks- und Rassebewußtsein, soziale Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung, nationale Kulturpflege samt allen zugehörigen Ländern und Organisationen auf einmal.“ „Damit muß sie als Partei die Möglichkeit des überparteilichen, den Ansatz der Volksganzheit in sich tragen.“ In ausgezeichneter Folgerichtigkeit breitet Prof. Krieck den Plan des Erziehungsaufbaus aus. „Der Unterricht entfesselt sich an großen Lebensfragen und Gesamtaufgaben, an Problemeinheiten, die nach möglichst vielen Seiten hin zu erfassen und auseinanderzulegen sind, damit ihre inneren Zusammenhänge und Wirkungskräfte erschlossen werden.... Die lebendige Wirklichkeit fällt nicht in Teile auseinander nach dem Schema der Fachwissenschaften: jede Fachwissenschaft hat vielmehr von ihrer Fragestellung aus (von Sprache, Geschichte, Erdkunde, Biologie usw.) Sicht auf das Lebensganze, auf dessen Teilganzes und Teilaufgaben zu nehmen.“ In eine solche Unterrichtsweise wünschen wir auch den Osten und die Ostfragen eingegliedert, daß sich aus dem Zusammenwirken der Führer die wirkliche Ostkunde ergibt, die wir zur Erfüllung und Vollendung unserer völkischen Aufgabe so dringend brauchen.

Dr. Franz Lüdtke.

Der landwirtschaftliche Vollstreckungsschutz.

Der landwirtschaftliche Vollstreckungsschutz ist durch Verordnung des Reichspräsidenten vom 14. Februar d. J. neu geregelt worden. Die entscheidende Neuerung der neuen Verordnung, die einen Vollstreckungsschutz bis zum 31. Oktober 1933 gewährt, besteht in der vollkommenen Umkehrung des bisherigen Schutzsystems. Nicht mehr der Landwirt hat sich wegen Erhaltung seines Betriebes um die Gewährung des Vollstreckungsschutzes bei dem Gericht zu bewerben, sondern fortan werden alle Zwangsversteigerungen landwirtschaftlicher Grundstücke und Pfändungen von betriebszugehörigem Vermögen von Gesetzes wegen für unstatthaft erklärt. Dem allgemeinen volkswirtschaftlichen Interesse an der Erhaltung der landwirtschaftlichen Betriebe und der Sicherstellung der Volksernährung gegenüber, das in diesem generellen Vollstreckungsverbot zum Ausdruck kommt, muß sich der Gläubiger auf das Vorliegen besonderer Umstände berufen, wenn er trotzdem die Zwangsvollstreckung durchführen will.

Das Zwangsversteigerungsverbot bezieht sich auf sämtliche Versteigerungsverfahren gegen landwirtschaftliche und gärtnerische Grundstücke — auch solche, die einem Nebenbetrieb dienen — die zurzeit anhängig und noch nicht vollständig durchgeführt sind. Es ist gleichgültig, ob die Zwangsversteigerung nach den bisherigen Vorschriften schon ein- oder mehrmals oder noch gar nicht gestellt gewesen ist. Es ist auch gleichgültig, wie weit das Versteigerungsverfahren bereits gediehen ist, insbesondere, ob der Zuschlag erteilt worden ist oder nicht. Nur darf der Zuschlag noch nicht rechtskräftig geworden sein. Rechtskräftig ist er dann, wenn die vierzehntägige Beschwerdefrist und die Frist für die etwa zulässige weitere Beschwerde abgelaufen ist. Soweit hier der Vollstreckungsschutz in Betracht kommt, haben die Vollstreckungsgerichte von Amts wegen das Verfahren einzustellen, der Landwirt braucht keine weiteren Schritte zu übernehmen, um in den Genuß der neuen Schutzbestimmungen zu gelangen. Der Gläubiger kann demgegenüber unter bestimmten Voraussetzungen die Fortsetzung des Verfahrens beantragen. Wird der Fortsetzungsantrag von einem erststelligen Gläubiger oder von einer Landschaft, einer Hypothekenbank, einer Sparkasse oder einem ähnlichen Institut betrieben, so ist ihm zu entsprechen, wenn bei Inkrafttreten der Verordnung Zinsrückstände bestehen und nach Inkrafttreten weitere Beträge rückständig geworden sind. Wird die Zwangsversteigerung wegen eines nach dem 30. Juni 1931 gewährten Betriebskredits oder einer nach diesem Zeitpunkt bewirkten Lieferung für Betriebszwecke betrieben, so ist ebenfalls grundsätzlich einem Antrag auf Fortsetzung des Versteigerungsverfahrens zu entsprechen. Für beide ebengenannten Fälle gibt es jedoch eine der landwirtschaftlichen Notlagen entsprechende, tief einschneidende Ausnahme. In beiden Fällen ist nämlich der Fortsetzungsantrag des Gläubigers abzulehnen, wenn der Landwirt infolge außergewöhnlicher Verluste durch Unwetter, Viehseuchen oder ähnliche Ereignisse oder durch den allgemeinen Preissturz zur Erfüllung seiner Zahlungsverbindlichkeiten nicht in der Lage ist. Die neue Verordnung bringt also die von der Landwirtschaft geforderte Rücksichtnahme auf den allgemeinen Preisniedergang, während bisher nur die besonders ungünstige Preisentwicklung von einigen Produkten, die noch sehr viel schlechter abschnitten als die übrigen landwirtschaftlichen Erzeugnisse, berücksichtigt wurde. In allen übrigen Fällen war dem Antrag des Gläubigers auf Fortsetzung des Verfahrens nur dann nachzukommen, wenn eine ordnungsmäßige Wirtschaftsführung bis zur Ernte 1933 nicht zu erwarten ist, was man besonders dann annehmen darf, wenn der Schuldner innerhalb der letzten Jahre weniger als ein Viertel der Zinsen und Amortisationsbeträge aus erststelligen Grundstücksrechten gezahlt hat.

Beseitigt wird die schlechtere Behandlung der aus dem Osthilfesicherungsverfahren ausscheidenden Betriebe. Auch die bisher aus dem Sicherungsverfahren ausgeschiedenen Betriebe genießen den Vollstreckungsschutz, und die Voraussetzungen, unter denen der Gläubiger mit Erfolg den Antrag auf Fortsetzung der Zwangsversteigerung stellen kann, sind die gleichen wie bei den übrigen Betrieben. Jedoch ist das Versteigerungsverfahren dann fortzusetzen, wenn die Entschuldungsstelle nach erneuter Prüfung bescheinigt, daß eine Entschuldung des Betriebes aussichtslos ist. Für die in Zukunft aus dem Sicherungsverfahren ausscheidenden Betriebe gibt es allerdings keinen Vollstreckungsschutz.

Eine entscheidende Änderung ist auch beim Schutz vor Zwangsvollstreckungen in bewegliche Vermögen eingetreten. Geschützt sind alle beweglichen Sachen, die zu einem landwirtschaftlichen, forstwirtschaftlichen und gärtnerischen Betrieb oder einem damit verbundenen Nebenbetriebe oder zum Hausrat des Betriebsinhabers gehören, mit Ausnahme von Luxusgegenständen, weiter Forderungen aus dem Verkauf der Betriebserzeugnisse und schließlich Barmittel und Guthaben, soweit sie zur ordnungsmäßigen Wirtschaftsführung benötigt werden. Damit ist nicht nur das Zubehör, sondern ein viel weiterer Kreis von Gegenständen geschützt, und sind vor allem auch die Forderungen der Landwirtschaft auf Schutz des Rüben- und Spiritusgeldes, sowie die Forderungen aus Viehverkäufen berücksichtigt worden. In das nicht betriebszugehörige bzw. zur Betriebsführung nicht benötigte Vermögen ist die Pfändung nach wie vor möglich, aber auch die Pfändung der obengenannten Gegenstände ist in Sonderfällen zulässig. Unbeschränkt zulässig ist sie wegen bestimmter gesetzlicher Unterhaltsansprüche sowie Lohnforderungen, Forderungen aus Versicherungsverträgen und Dünger- und Saatgutlieferungen, die durch gesetzliches Pfandrecht geschützt sind. Im beschränkten Umfang ist die Zwangsvollstreckung wegen Steuern und anderer öffentlichen Abgaben seit dem 31. März 1932 sowie wegen Zins- und Amortisationsforderungen aus erststelligen Grundstücksrechten, die nach dem Inkrafttreten der Verordnung fällig werden, sowie wegen Forderungen aus Betriebsmittellieferungen seit dem 30. Juni 1931. Eine Zwangsvollstreckung wegen solcher Forderungen ist nicht schlechthin zulässig oder unzulässig. Sie kann zunächst betrieben werden, der Landwirt kann ihre Durchführung aber dadurch vereiteln, daß er sich eine Bescheinigung des Landrats verschafft, wonach ihm bestätigt wird, daß ihm durch die Pfändung Mittel entzogen würden, die er zur ordnungsmäßigen Fortführung der Wirtschaft bis zur Ernte 1933 nicht entbehren kann und daß er selbst die Gewähr für die ordnungsgemäße Verwendung der Mittel bietet.

Bemerkenswert ist auch die Behinderung des Offenbarungseides. Da betriebszugehöriges Vermögen nicht gepfändet werden kann, ist es nur recht und billig, wenn nunmehr der Gläubiger den Landwirt nur dann zum Offenbarungseid treiben kann, wenn er glaubhaft macht, daß sonstiges Vermögen vorhanden ist. Besondere Schutzvorschriften tragen der besonderen Lage der Siedler Rechnung. Die Fortsetzung des Zwangsversteigerungsverfahrens wegen Rückständen aus der immer an erster Stelle stehenden Rentenbelastung ist nur dann möglich, wenn diese Rückstände mehr als die Hälfte der von nun an fällig werdenden Beträge ausmachen. Ferner werden die Räumungsklagen, mit denen die Siedler arg bedrückt werden, sehr eingeschränkt. Räumungsurteile dürfen nämlich nur dann vollstreckt werden, wenn die Zwangsvollstreckung besonders zugelassen ist. Schließlich sind auch Pfändungen in das bewegliche Vermögen wegen Rentenrückständen in geringem Umfang zulässig, als das sonst bei Pfändungen aus erststelligen Grundstücksrechten nach dem zuerst Gesagten möglich ist. — Der Landwirtschaft wird durch diese Verordnung ein Schutz zuteil, wie er ihr in diesem Umfange bisher noch niemals gewährt worden ist.

*

Der neue Osthilfeausschuß.

Zur Nachprüfung der Osthilfe, gegen deren Handhabung bekanntlich in letzter Zeit schwerste Vorwürfe erhoben worden sind, ist vom Reichsernährungsminister und Ostkommissar, Dr. Hugenberg, ein besonderer Ausschuß eingesetzt worden, da der bisherige Reichstagsausschuß sich als unfähig erwiesen hat und der Zeitpunkt, an dem der neue Reichstag arbeitsfähig ist und in die sachliche Beratung eintreten kann, noch in weiter Ferne liegt. Dem Ausschuß, einem unabhängigen neutralen Gremium, soll alles vorhandene Material zur Verfügung gestellt werden. Der Ausschuß setzt sich zusammen aus Abgeordneten, Beamten und sonstigen Sachverständigen. Der Ausschuß besteht aus acht Mitgliedern und einem neutralen Vorsitzenden, nämlich dem früheren Wirtschaftsminister von Neuhaus. Mitglieder sind die nationalsozialistischen Abgeordneten Reinhardt und Martin, der Deutschnationale Harmony, der Zentrumsabgeordnete Ersing, der Bayerische Volksparteiler Pfleger, die Sozialdemokraten Heinig und Wissell und der Christlich-Soziale Behrens von der Technischen Arbeitsgemeinschaft. Ein Kommunist ist nicht zur Mitarbeit in dem Ausschuß aufgefordert worden. — Dem Ausschuß gehören also im wesentlichen die Mitglieder des bisherigen Osthilfeausschusses an.

*

Bereitstellung neuer Mittel für vorstädtische Kleinsiedlung.

Seit Inangriffnahme der vorstädtischen Kleinsiedlung auf Grund der dritten Notverordnung des Reichspräsidenten vom 6. Oktober 1931 sind in Preußen mit Hilfe von Reichsmitteln insgesamt rund 8400 Siedlerstellen fertiggestellt worden. Außerdem sind noch rund 5600 Stellen in der Bauausführung begriffen (davon rund 4200 schon rohbaufertig). Die Vorarbeiten zur Errichtung von weiteren 2100 Siedlerstellen sind so weit vorgeschritten, daß mit den Bauarbeiten begonnen werden kann, sobald es die Witterungsverhältnisse gestatten. Die vorstädtische Kleinsiedlung hat, wie von amtlicher Stelle erklärt wird, die Erwartung, die auf sie gesetzt wurde, in vollem Umfange erfüllt. Die Nachfrage nach weiteren Siedlerstellen ist außerordentlich groß. Die Reichsregierung hat deshalb im Rahmen des Arbeitsbeschaffungsprogramms die Bereitstellung weiterer Mittel zur Fortführung der Stadtrandsiedlung beschlossen. Die Mittel sollen schon in nächster Zeit auf die Verfahrensträger verteilt werden.

Diese Nummer umfaßt 16 Seiten.

Am 16. Februar — einen Tag vor Vollendung seines 12. Lebensjahres — entschlief sanft nach kurzer, schwerer Krankheit unser lieber Junge

Hans Jürgen Pelz

geboren zu Konitz am 17. Februar 1921, vor allen betrauert von seinen Eltern und von seinem Schwesterchen Ingeborg.

(Luc. 2,49.)

Pfarrer F. Pelz,
Verbandsdirektor a. D.

Kassel, den 16. Februar 1933,
Wilhelmshöher Allee 138.

Allen lieben Landsleuten und Freunden sagen wir für die uns inzwischen bewiesene Anteilnahme unseren allerherzlichsten Dank.

Wer kann

mir Auskunft geben über den Verbleib der **Tochter des Zollassistenten Weging (Ella Weging)**, wohnhaft noch während des Krieges in Skalmierzyce, Kr. Ostrowo? Gef. Zuschrift. unter 2827 an das Ostland erbeten.

Landgasthof

mit Saal, 22 Morgen Acker und Wiese, für 21000 Mark sofort zu verkaufen. Anzahlung 10000 bis 13000 Mark. Gebäude massiv, Acker u. Wiese prima Boden.

F. Menz,
Trechwitz b. Gr. Kreutz.

Zur Beachtung!

Die Anzeigengebühren sind jeweils innerhalb 8 Tagen nach Erscheinen zu begleichen. Nach Ablauf dieser Frist erfolgt die Einziehung des Betrages zuzügl. der Spesen durch Nachnahme.

Wer kennt

die Anschrift des Herrn **Dr. Huwe, früher in Schulitz, Kr. Bromberg,** zuletzt wohnhaft gewesen?

Angaben an

Otto Stange,
Dannenberg b. Wollin
(Pommern).

Ernstgemeint!

Optant, 33 Jahre, evgl., Landwirtssohn, 3000 Mark Vermög., solider, nüchterner, strebsamer Mensch, sucht

Ehegefährtin

im gleichen Alter mit Vermög., zwecks Gründ. einer Existenz, Übernahme einer Siedlerstelle. Einheirat einverstanden.

Offert. mit Bild erbitte an die

Ortsgruppe des Deutschen Ostbundes
z. H. d. Herrn Weimann,
in Wriezen a. O.,
Ostbund-Siedlung.

Geschäftsmann, Anfang 50 Witwer, guter Charakter, mittelgr., evang, Vermögen, wünscht

Einheirat

in gutes Geschäft oder eine Dame (Ostmärk.) mit Vermögen zur Existenzgründ. kennenzulernen. Off. mit Bild unter 2828 an das Ostland erbeten.

Aufbaukredit

für Grenz- u. Auslandsdeutsche G.m.b.H.
(Geschädigtenhilfe des Deutschen Ostbundes)
Berlin W. 30, Motzstraße 22. Tel. B 5 Barbarossa 9061.

Verwertung von
6% Reichsschuldbuchforderungen
durch Verkauf und Beleihung (im Rahmen der uns zur Verfügung stehenden Mittel)
Beratung in Vermögensanlagen und allen Kreditangelegenheiten
Abwicklung all. bankmäßigen Geschäfte

Ostmärker! Provisionsfrei!

Glänzende Existenzen!

	Anzahlung M.
Pensionsvilla, direkt a. Kurpark in Bad Pyrmont . .	n. Vereinbg.
Kurhaus mit entzück. Fernsicht nahe Zürich . . . . . sfr.	35 000
Geschäftsgrundst. mit Kolonialwaren-Handlg. in Meckl. . .	6 000
Landhaus m. allem Komf. auf d. rechten Zürichsee-Ufer sfr.	50 000
Bäckereigrdst. i. kl. Ortsch. Näh. Eberswalde	22 000
Sägewerk, auch für jed. anderen Industriezw. geeign., i. Weimar	n. Vereinb.
Villa, hochherrsch., im Kurort „Weißer Hirsch" bei Dresden	40 000
Villa, 10 Zimmer, in Heppenheim a. d. Bergstraße . . .	20 000
Landhaus (9 Zimmer) m. ertragr. Garten und Acker, idyll. gelegen, in meckl. Ostseebad .	6—7 000
Wohnhaus m. prächt. Gart. i. d. Schweiz (Unter-Engadin) sfr.	15 000
Hotel- u. Restaurationsgrdst. in lebh. Kreisstadt d. Uckermark	15 000
Wohnhaus i. d. deutsch. Schweiz, Kanton St. Gallen	11 300
Geschäftsgrdst. m. Kohlenhlg. in bekannt. Badeort Meckl. . .	16 000
Mühlengrundst. a. d. Bahnlinie Erfurt—Nordhausen	21 000
Strandvillen-Besitzung i. bedeut. Berliner Bade- u. Ausflugsort, evtl. Pacht monatl.	200
Landhaus-Villa in Traunstein (Oberbayern)	22 000
Grundstück, f. kl. Landwirtschaft geeignet, etwa 35 Morgen Pachtackerland in Quedlinburg (Harz)	10 000
Tischlereigrundst. m. Möbelverkaufsgeschäft im Zentrum der Stadt Pirna a. d. Elbe (sächs. Schweiz), auch f. jg. Ehepaar geeignet	n. Vereinbg.
Landwirtsch. Grdst., 126 Morg. gr., m. fischreichem See i. der Uckermark	30 000
Villengrundst. (Blockhausstil) in Hof (Bayern)	25 000
Dreifamilien-Villa, 2 Min. vom Strande, i. Ostseebad Warnemünde	22 000
Villenbesitzung in bedeutendem Berliner Ausflugsort . . .	30 000
Gasthof (Doppelgrdst.) im sächs. Erzgebirge	15 000
Landwirtschaft in der Altmark .	3 000
Gasthof mit Gesellschaftssaal, Café, Diele, in lebhaft. Stadt Thüringens	n. Vereinbg.
Grundst. in bekannt. Kurort d. Uckermark, für Viehgroßhdlg. geeignet	20 000
Hotelgrdst. in Luftkurort Schles.	20 000
Hotelgrdst. in lebhaft. Industriestadt d. Waldenburger Bergl.	20 000
Gasthof i. industriereichem Vorort von Dresden	25 000
Hotel m. Restauration, Café, in Kreisstadt d. Altmark . . .	40 000
Fabrikgrdst. b. Lauban (Schles.)	n. Vereinbg.
Mühlengrdst. (3 To.) in Meckl.	13 000
Pensionsgrdst. m. Fleischerei in bekannt. Kurort d. Oberharzes	15 000
Gasthof in Württbg. (Franken)	15 000

Bild-Prospekte kostenlos.

KOCH & Co., Berlin W 35
Dörnbergstraße 1. Tel.: B2 Lützow 5933.

Der Ostdeutsche Heimatkalender darf in keiner Ostmärkerfamilie fehlen!

Der **„Ostdeutsche Heimatkalender"** klärt auf über Lage und Entwicklung des gesamten Ostdeutschtums, er berücksichtigt besonders den am schärfsten umkämpften Teil der deutschen Ostfront, die uns von Polen geraubten Gebiete und die schwer notleidende uns verbliebene Ostmark. Er enthält künstlerisch hochwertige Abbildungen. — In den Aufsätzen bewährter Kenner des Ostens bietet er reiches Aufklärungsmaterial für jeden, der sich mit Ostfragen befaßt. In den Beiträgen bekannter Schriftsteller gibt er einen Ausschnitt aus dem literarischen Schaffen der Ostmark. Als wertvolle Waffe im Kampfe um die Heimat ist er nicht zu entbehren.

Deutscher Ostbund, Kulturabteilung, Berlin W 30, Motzstraße 22.

Ausschneiden! — Als Drucksache senden!

Bestellkarte.

Hiermit bestelle ich .... Stück

„Ostdeutscher Heimatkalender 1933"

zum Preise von **1,50 Mark, als Ostbundmitglied 1,20 Mark je Stück.**
Zuzüglich 0,15 Mark Porto.

Bezahlung erfolgt: 1. durch Nachnahme, 2. durch Postanweisung, 3. durch Postscheckkonto: Berlin 104 726 (Nichtzutreffendes bitte durchstreichen.)

Name: ....

Wohnort: .... Poststation: ....

(Name und Poststation genau ausfüllen.)

Verlag: Deutscher Ostbund E. V., Berlin W. 30, Motzstraße 22 — Fernruf: B 5 Barbarossa 9061 — Postscheckkonto: Berlin 104726.
Verantwortlich für die Schriftleitung: Dr. Otto Kredel, Berlin-Friedenau — Druck: Hempel & Co. G. m. b. H., Berlin SW. 68, Zimmerstraße 7/8.



Ostbund- und Heimatnachrichten

Beilage zu Nr. 9 der Wochenschrift „Ostland“ des Deutschen Ostbundes / 1933.

Entschädigungswesen.

6 % Reichsschuldbuchforderungen.

Die Entwicklung der Kurse der Reichsschuldbuchforderungen hat in den letzten 14 Tagen wiederum bewiesen, daß das Vertrauen zu den deutschen Reichsanleihen jetzt ein recht erfreuliches ist. Selbst die Unsicherheit, die durch die bevorstehenden Reichstagswahlen gegeben ist, konnte die Bewegung dieser Kurse nicht ungünstig beeinflussen. Obwohl an den einzelnen Börsentagen die Reichsschuldbuchforderungen größeren Schwankungen unterlagen, so ist doch eine weitere Steigerung der Schuldbuchkurse — wenn auch nicht schon in der allernächsten Zeit — wahrscheinlich. Ein besonders günstiges Moment, die Herabsetzung des Reichsbankdiskontsatzes um ½ v. H. dürfte sich im vollen Maße erst nach den Wahlen auswirken. Hierbei möchten wir nochmals auf die günstige Gelegenheit hinweisen, die ein Umtausch der Fälligkeiten 1933, 1934 und 1935 in spätere Fälligkeiten den Besitzern, die die Reichsschuldbuchforderungen als Kapitalsanlage betrachten, bieten. Die oben genannten Fälligkeiten sind nur wenige Prozente von dem Auszahlungswert entfernt, so daß bei einer Verwertung dieser Fälligkeiten nur ein geringer Kursverlust entsteht. Für den hierdurch erzielten Verkaufserlös ist dann die Möglichkeit gegeben, einen größeren Nennwert späterer Fälligkeiten zu kaufen, so daß sich der Schuldbuchgläubiger durch den Umtausch einen Kapitalgewinn und damit auch einen höheren Zinsgenuß verschaffen kann. Die späteren Fälligkeiten sind zurzeit je nach dem Fälligkeitsjahr mit 76—80 v. H. zu erhalten. Unsere **Bankabteilung: Aufbaukredit für Grenz- und Auslandsdeutsche G. m. b. H., Berlin W 30, Motzstr. 22**, ist gern bereit, Schuldbuchgläubigern, die sich für den Umtausch interessieren, beratend zur Seite zu stehen. — Am 22. d. M. hörten wir folgende unverbindliche Verkaufskurse:

	I.	II.		I.	II.
1933	99¼ v. H.	99¼ v. H.	1939	81 v. H.	80 v. H.
1934	98 „	98 „	1940	79 „	78 „
1935	94 „	93½ „	1941	78½ „	78 „
1936	91 „	89½ „	1942	78½ „	78 „
1937	86½ „	85½ „	1943—48..	76 „	75¾ „
1938	85 „	84 „			

Wiederaufbauzuschläge 1944—45 37½ v. H., 1946—48 36½ v. H.

Hb.

Aus der Bundesarbeit.

Versammlungskalender.

Landesverband Berlin-Brandenburg: Hauptversammlung Sonnabend, 18. März, nachm. 4 Uhr. Besondere Einladung folgt noch.

Jungscharen des Landesverbandes Berlin-Brandenburg: Kundgebung am Volkstrauertag, 12. März, nachm. 4 Uhr, im „Ulap“, Alt-Moabit (Lehrter Bahnhof).

*

Landesverband Berlin-Brandenburg.

Die **Ortsgruppe Berlin-Spandau** hielt am 8. Februar im Vereinslokal „Koch's Bismarcksäle“ eine Gedenkfeier für den verstorbenen 1. Vorsitzenden, Herrn Bruno Schlabs, mit anschließender Generalversammlung ab. Der 2. Vorsitzende, Herr Franke, begrüßte die zahlreich erschienenen Mitglieder und im besonderen den Vorsitzenden des Landesverbandes Berlin-Brandenburg, Herrn Konrektor Vater, wie auch den Ehrenvorsitzenden, Herrn Krause, Berlin-Weißensee. Zu Beginn der Sitzung gedachte letzterer des verstorbenen 1. Vorsitzenden, der sich in den vielen Jahren seiner ehrenamtlichen Tätigkeit um die Ortsgruppe große Verdienste erworben hat. Während des Kameradenliedes erhob sich die Versammlung zu Ehren des Toten von den Plätzen. Auch Herr Vater widmete dem Verstorbenen einen herzlichen Nachruf. Nach Erledigung geschäftlicher Angelegenheiten erstattete der Schriftführer, Herr Bohlmann, den Jahresbericht und die Kassiererin, Frl. Wandel, den Kassenbericht. Auf Antrag des Kassenprüfers, Herrn Bock, erteilte die Versammlung dem Gesamtvorstand Entlastung. Anschließend erfolgte die Wahl für die ausscheidenden Vorstandsmitglieder. An Stelle des verstorbenen Herrn Schlabs wurde Herr Mertens zum 1. Vorsitzenden einstimmig gewählt. Herr Bohlmann wird als Schriftführer durch Wiederwahl bestätigt. Außer ihm gehören dem Vorstande an: Ehrenvorsitzender Herr Krause, 2. Vorsitzender Herr Franke, Kassiererin Frl. Wandel, Beisitzer die Herren Drews und Stahnke, Kassenprüfer die Herren Bock und Miersch, Frauendienst Frau Schlabs. Herr Mertens mahnte zu Einigkeit, zu festerem kameradschaftlichen Zusammenschluß im Deutschen Ostbund.

Landesverband Ostmark.

Ortsgruppe Cottbus. In der im Kasino abgehaltenen Jahres-Hauptversammlung der Ortsgruppe Cottbus des Deutschen Ostbundes gedachte Schulrat Stüber der deutschen Volksgenossen in den abgetretenen Gebieten. Der Jahresbericht legte Zeugnis ab von der auch im Jahre 1932 geleisteten eifrigen Arbeit und ließ erkennen, daß die Ortsgruppe durch ihre Arbeit auf kulturellem Gebiete zur Unterstützung des Deutschtums in der alten Heimat wie auch der Bevölkerung in den Gebieten hart an der deutsch-polnischen Grenze wesentlich beigetragen hat. Als Erfolg ihrer Aufklärungsarbeit konnte die Ortsgruppe auch im verflossenen Jahre eine Anzahl von Neuaufnahmen verbuchen. Die der Ortsgruppe angegliederten Untergruppen, im besonderen die Jugendgruppe, der durch Grenzlandfahrten immer wieder das durch den Schandvertrag von Versailles zugefügte Unrecht vor Augen geführt wurde, nahm in erfreulichem Maße an Mitgliedern zu. Die Arbeit und die Bestrebungen der Ortsgruppe, Aufklärung über den Deutschen Osten zu schaffen, fand in den Kreisen der hiesigen Bürgerschaft immer mehr Beachtung. — Die durch Stimmzettel erfolgenden Neuwahlen bewiesen das Vertrauen der Mitglieder zum Vorstand. Zum 1. Vorsitzenden wurde der bisherige langjährige Vorsitzende Schulrat Stüber, ferner wurden der Geschäftsführer Pelka und die Beisitzer Isemer, Weidig und Hoffmann wiedergewählt.

Ortsgruppe Landsberg (Warthe). In der im „Eldorado“ abgehaltenen Hauptversammlung des Vereins der Posener, Ost- und Westpreußen führte der Vorsitzende, Verlagsdirektor Tettenborn, u. a. folgendes aus: Wenn man Rückschau hält, so tauchen bei allen Ostmärkern wehmütige Erinnerungen auf. Es seien jetzt 14 Jahre her, als auf gewaltsame Weise der größte Teil der damaligen Provinz Posen vom Reiche getrennt wurde, 13 Jahre, daß Westpreußen ein gleiches Schicksal erlebte, 10 Jahre, da Litauen das Memelland an sich riß und daß der Franzose ins Ruhrgebiet einbrach. Trotz allem, was geschehen, halten alle Ostmärker daran fest, daß ein neues Jahr auch neues Hoffen bringe. All das, was die Ostmärker in dem uns entrissenen Posener Land damals erleiden mußten, war Inhalt eines Vortrages von Frau E. Arndt über das Thema: „Die Jahreswende 1919 in Posen Stadt und Land“. In einem umfassenden Rückblick gab die Vortragende auf Grund eigener Erfahrungen einen erschütternden Bericht darüber, wie Posen Stadt und Land für uns verlorengingen. Der Weltkrieg war zu Ende. Mitten in den Friedenspräliminarien wurde durch die Polen ein Stück aus unserer Ostmark herausgerissen. Man ahnte damals nicht, mit welcher Härte und Unmenschlichkeit die Polen in das Privat- und Volksleben der Deutschen eindringen würden. Die Deutschen waren machtlos, weil jetzt und auch später keine Verbindung der Garnisonen untereinander bestand. Noch einmal wurde ein vom Deutschen Volksrat einberufener Provinzial-Vertretertag nach Posen ein Hochtag für die deutsche Bevölkerung. In den Weihnachtstagen aber verübten die Polen einen Handstreich auf Posen. Ähnlich wurden auch andere Städte der Ostmark überrumpelt. Alle Einwände des Deutschen Volksrates, des Deutschtumsbundes zur Wahrung der Minderheitsrechte nutzten nichts. Zu allem kam der Schmerz, daß die deutsche Regierung von diesen selbstgewählten Vertretern nichts wissen wollte und bei allen Verhandlungen mit den Polen den Volksrat überging. Polen und Pöbel beherrschten die Straße und drangsalierten die Deutschen. Der größte Schlag von Berlin aus aber war der, daß von der Regierung anstatt der erbetenen militärischen Unterstützung ein Vertreter zum Verhandeln mit den Polen entsandt wurde: Hello von Gerlach, der die bekannten Ratschläge im Sinne der Polen gab. Die Austreibungen mit allen Schikanen der Polen sind allen Ostmärkern in Erinnerung. Viele Einzelheiten rief die Vortragende in der Erinnerung wach, um zum Schluß zu betonen, daß man vor allem der Jugend immer wieder von jener Schreckenszeit erzählen müsse und daß wir und sie an den Tag glauben, der einmal die Gerechtigkeit bringen muß, denn das Land, das verloren ist, darf nicht verloren sein! — Weitere interessante Einzelheiten zu dem Thema gab auch Rechtsanwalt Dr. Arter, der letzte deutsche Bürgermeister von Hohensalza. Bei der bekannten internationalen Einstellung der sozialdemokratischen Regierung fehlte die alles zusammenfassende militärische Führung. — In der geschäftlichen Sitzung wurde der bisherige 1. Vorsitzende, Verlagsdirektor Tettenborn, unter dem Beifall der Versammlung wiedergewählt, nachdem Dankesworte an den unermüdlichen und zielbewußten Führer durch Vorstandsmitglied Dargatz vorausgegangen waren. Ferner wurden einstimmig wiedergewählt als 2. Vorsitzender Rechtsanwalt Dannhoff, Schriftführer Dressel, Kassenwart Woydt, Kulturpflegerin Frau E. Arndt, als Beisitzer Tetzlaff, Hupp und Frau Güttner. — Das Landsberger Heimatmuseum (Stadtarchivar Buchholz) wird eine Sammlung aller entbehrlichen Urkunden aus dem entrissenen Gebiet und aus Entschädigungsakten durchführen, die für kommende Geschlechter Anschauungsmaterial sein soll. Die Ostmärker wurden gebeten, zur Vervollständigung der Sammlung beizutragen.

Landesverband Niederschlesien.

Die **Ortsgruppe Hoyerswerda** hielt am 21. Januar im Vereinslokal bei Krauß ihre diesjährige Jahreshauptversammlung ab, die sehr zahlreich besucht war. Nachdem der Vereinsvorsitzende, Konrektor Lehmann, die Erschienenen begrüßt und ihnen noch nachträglich ein frohes und gesundes neues Jahr gewünscht hatte, erstattete der Vereinsschriftführer, Kreisobersekretär Bielke, den Jahresbericht. Dieser ließ erkennen, daß die Ortsgruppe auch im vergangenen Jahre unter der bewährten und dankbar anerkannten Leitung des derzeitigen Vorsitzenden gute Arbeit in der ostmärkischen Sache geleistet hat. Im Anschluß daran überreichte Herr Lehmann Herrn Bielke für seine mehr als zehnjährige Mitarbeit im Vereinsvorstande eine künstlerisch ausgeführte Ehrenurkunde. Die hierauf von dem Vereinskassenführer Borowski vorgelegte Jahresrechnung wurde in Ordnung befunden und dem Kassenführer Entlastung erteilt. Bei der Vorstandsergänzungswahl wurden einstimmig wiedergewählt: Kreisobersekretär Bielke als Schriftführer, Kreisobersekretär Klug als Berater, Reichsbahnbeamter Schäfer und Frau Alma Giering als Beisitzer. Ebenso wurde der gesamte Vergnügungsausschuß Zischkale, Wegner, Siegemund, Rothert, Frau Wolf, Frau Krien, Frau Sprigade und Frau Schäfer, auf ein weiteres Jahr wiedergewählt.

Die **Kreisgruppe Bunzlau** hielt am 4. Februar ihr Wintervergnügen, bestehend in einem gemeinsamen Eisbeinessen mit anschließendem Tanz ab, das von den Mitgliedern gut besucht war und an dem auch Vertreter der Verbände heimattreuer Ost- und Westpreußen und heimattreuer Oberschlesier teilgenommen haben. Nach Begrüßung durch den 1. Vorsitzenden, Obersteuerinspektor i. R. Hoffmann, und nach Bekanntgabe des Rundschreibens der Bundesleitung machte der Vorsitzende der heimattreuen Ost- und Westpreußen, Studienrat Dr. Bittner, längere Ausführungen über die Grenzhilfe zur Erhaltung des Deutschtums im Grenzlande. Eine sofort abgehaltene Tellersammlung ergab einen ansehnlichen Betrag, der sofort Herrn Dr. Bittner eingehändigt wurde. Ferner wurden im Laufe des Abends mit der Treunadel des Deutschen Ostbundes ausgezeichnet die Landsleute: Kaufmann Oswald August (früher Pogorzella, Kreis Koschmin), Landwirt Eduard Büsing (früher Steinigsheim-Posen), Bahnhofswirt Joseph Bandt (früher Grätz), Steuerinspektor Karl Gottschalt, Bürovorsteher Paul Hoffmann (früher Lissa i. P.), Gastwirt Anton Karasinski (früher Wittenau, Kreis Witkowo), Gastwirt Theodor Kellermann (früher Groß-Marin, Kreis Hohensalza), Kreisbote i. R. Max Laake (früher Adelnau), Rentier August Lienig (früher Langenolingen, Kreis Gnesen), Dentist Ernst Schaefer (früher Posen), Kaufmann Hermann Tischler (früher Krotoschin), Gastwirt Ernst Tscheslog (früher Sonnenthal, Kr. Rawitsch), Studienrat Ernst Weiß (früher Rawitsch).

Landesverband Schlesien.

Die **Ortsgruppe Oels** (Verein heimattreuer Ostmärker) hielt am 22. Januar im Gasthaus zum goldenen Stern in Oels ihre erste Jahresversammlung ab. An der Sitzung nahm der Vorsitzende des Landesverbandes Schlesien, Herr Regierungsoberinspektor König, teil. Nach Erledigung des geschäftlichen Teils gab dieser in längeren Ausführungen einen Überblick über den Stand der Ostmarkenpolitik. Er führte aus und belegte durch Aussprüche von führenden Männern verschiedener außerdeutschen Länder, daß das Unrecht, das uns Deutschen durch den Raub deutschen Landes zugefügt worden ist, immer mehr eingesehen werde, und daß die Forderung nach Rückgabe des Weichselkorridors auch von vielen unserer ehemaligen Feinde anerkannt werde. Alle Deutschen müßten sich im Kampfe um die Wiedergewinnung des deutschen Ostens zusammenscharen. Wir werden nicht eher ruhen, als nicht unsere uns geraubte Heimat, die mit deutschem Blut und Fleiß erst zum Kulturboden gemacht worden ist, wieder dem deutschen Vaterlande einverleibt worden ist. Sodann überreichte der Landesverbandsvorsitzende dem Vorsitzenden der Ortsgruppe, Herrn Konrektor i. R. Köhler, die silberne Ehrennadel, die dieser mit Freude und Dank nicht nur für sich, sondern für alle treuen Mitglieder der Ortsgruppe entgegennahm.

Die Ortsgruppe Glatz hielt am 29. Januar in der „Wolfsschlucht" ihre Jahresversammlung ab, der die Anwesenheit des Vorsitzenden und des Schatzmeisters des Landesverbandes Schlesien, der Herren König und Erdmann aus Breslau, eine besondere Note verlieh. Der erste Vorsitzende, Studienrat Laskowsky, widmete ihnen herzliche Begrüßungsworte. Im Jahresberichte konnte er mit Befriedigung feststellen, daß die Glatzer Ortsgruppe eine einzige Familie darstellt, deren Glieder eine tiefe Liebe zur alten ostmärkischen Heimat verbindet. Auch die aufblühende Jungschar „Hermann Balk" sei von gutem Ostmärkergeiste beseelt. Das Vereinsleben kurz schildernd, hob Herr Laskowsky vor allem die beiden gelungenen Veranstaltungen der letzten Zeit, die Advents- und die Weihnachtsfeier, hervor. In den Versammlungen wurden etliche anregende Vorträge gehalten, auch an der großen Kundgebung des VDA. nahm man teil. Den Kassenbericht erstattete Kaufmann Hartlieb. Es folgte die Wiederwahl des Vorstandes, als Vorsitzender: Studienrat Laskowsky, als Schatzmeister: Kaufmann Hartlieb, als Schriftführerin: Frl. Thiede (für den zurückgetretenen Herrn Preis), als Beisitzer: Frau Ruppert und Frau Adam sowie die Herren Vogen und Tellbrot. Hierauf erhielt Landsmann Raddatz in Anerkennung seiner langjährigen Verdienste die Ehrennadel überreicht. Herr König, Breslau, sprach über „Das Problem des Weichselkorridors". Einleitend verlas er das in der Zeitschrift „Ostland" veröffentlichte Neujahrs-Geleitwort des Bundespräsidiums. Weiter gedachte er des 10. Januar 1920 und des 11. Januar 1923. Ebenso wie im Westen nach langen Leidensjahren, müßte nun auch im Osten Recht über Gewalt siegen. Von seiner Gründung an habe der Deutsche Ostbund einer vernünftigen Ostpolitik sein Interesse zugewandt. Das „Ostland" und der „Ostdeutsche Heimatkalender" seien vorzügliche Aufklärungsmittel für unser Volk, das vielfach eine erschreckende Unkenntnis bezüglich der verhängnisvollen Folgen des Krieges besitze. Die Korridorfrage marschiere, sie sei in den letzten fünf Jahren weit vorangekommen. Führende Männer der verschiedensten Staaten beschäftigen sich heute damit, wofür der Redner zahlreiche Beispiele anführte. Er nannte u. a. Lengyel, van Loon und Werkmeister, einige englische Zeitungen, ferner Pierre Cot usw. So ständen wir im Kampf um die Ostgrenzen nicht mehr allein. Niemals dürfen wir die heutigen Ostgrenzen anerkennen, vielmehr gehört unsere ostmärkische Heimat zum Mutterlande! In unserem Kampfe um die heilige Sache wollen wir nicht müde werden! — Die Versammlung zollte diesen begeisternden Worten lebhaften Beifall. Eine freudige Überraschung bedeutete es für die Teilnehmer, als dann Herr König im Namen des Bundespräsidiums die höchste Auszeichnung des Deutschen Ostbundes, die silberne Ehrennadel, dem Vorsitzenden Studienrat Laskowsky zugleich mit einer künstlerischen Ehrenurkunde überreichte. In seinen Dankesworten hob der also Geehrte hervor, daß er für seine ostmärkische Heimat sich einsetze, ohne dafür äußere Anerkennung zu erwarten. So werde er auch diese Auszeichnung nicht für seine Person, sondern für die ganze Glatzer Ortsgruppe tragen. Nachdem er noch persönliche Erinnerungen aus den schweren Jahren 1918/19 geschildert hatte, welche die polnische Besetzung der Ostprovinzen brachten, schloß er mit dem eindringlichen Appell, Treue zu halten dem deutschen Vaterlande und der ostmärkischen Heimat!

Landesverband Vorpommern.

Die **Ortsgruppe Pyritz** hielt am 25. Januar ihre Hauptversammlung ab. Nach Begrüßungsworten des 1. Vorsitzenden, Sikorski, erstattete der Schriftführer den Jahresbericht und der Kassierer den Kassenbericht. Einstimmig wurde dem Kassierer Entlastung erteilt. Der Vorsitzende gab hierauf die wichtigsten Eingänge bekannt. Bei der Ergänzungswahl des Vorstandes wurde der bisherige 1. Vorsitzende Sikorski wiedergewählt, ebenso der altbewährte Kassierer Wellnitz. Als Beisitzer wurden Oestreich, Wallheim, Peter und als Kassenprüferin Frl. Albrecht gewählt. Das Schützenhaus bleibt auch weiterhin Versammlungslokal. Die Versammlungen werden künftig jeden zweiten Monat stattfinden. Am 4. März findet im Schützenhaus ein Heimatabend statt. Nach reger Aussprache schloß der Vorsitzende die Versammlung mit der Bitte an die Mitglieder, recht zahlreich zu den Versammlungen und zum Heimatabend am 4. März zu erscheinen.

Ortsgruppe Stralsund. Eine gewaltige Grenzland-Kundgebung führte am 1. Februar wohl tausend Ostmärker, Saar- und Rheinländer und Pommern zu einem Treugelöbnis zusammen. Träger dieser Veranstaltung waren neben der Ostbundgruppe die Landsmannschaften der Rheinländer und der Schlesier. Oberbürgermeister Dr. Heydemann-Stralsund hatte das Protektorat übernommen. Die Garnison hatte ihre Marinekapelle zur Verfügung gestellt, Offiziere als Vertreter und eine Abordnung der Mannschaft entsandt, ebenso waren die Reichs- und Staatsbehörden, die Geistlichkeit beider Konfessionen, die Schulen, Heimat- und andere Vereine, der Stahlhelm und andere Korporationen erschienen. Der Ehrenvorsitzende der Rheinländer, Dr. med. Keßler, leitete die Versammlung. Während Direktor Togel-Berlin, ein aus Saarbrücken ausgewiesener Beamter der Bergbauverwaltung, bekundete, daß das seit 1000 Jahren urdeutsche Saarland mit heißer Sehnsucht dem Tage entgegensehe, an dem es 1935 wieder zum deutschen Vaterland zurück könne, erzählte Stadtrat Sperling-Berlin, der Leiter des Reichsbundes der Schlesier, von dem vergewaltigten Oberschlesien mit dem Mahnruf, dem Vaterland dieses Grenzland zu erhalten. Anschließend sprach Stabsveterinär a. D. Dr. Melzer-Demmin, der im Kampf um die Wiedergewinnung der Ostmark in erster Reihe steht und den selbst den Kampf gegen den Poleneinfall mit dem Gewehr in der Faust miterlebte. Der Redner gab zunächst eine zusammenhängende Darstellung der Geschichte von Posen und Westpreußen und bewies damit, daß der Korridor urdeutsches Land ist. Der Dank Polens für seine Wiedererrichtung war der Raub deutscher Provinzen, die Vertreibung von einer Million Deutscher, deutschfeindliche Kultur und Drangsalierung der deutschen Bevölkerung. Was taten die deutschen Regierungen für die Grenzlanddeutschen? Und was tat das deutsche Volk? Wer nicht vertrieben worden ist, sondern in sicherer Ferne den Ereignissen zusah, der hat blutwenig getan. Und doch: Die Frage, ob der Korridor einst wieder deutsch werden wird, wird nur vom deutschen Volke in seiner Gesamtheit entschieden werden. Machen wir uns nichts vor: Nur durch Blut und Eisen werden solche Fragen wie die Korridorfrage gelöst. Wir wollen es der ganzen Welt in die Ohren schreien: Wir müssen den Korridor wieder haben! Als Redner der Gefallenen für die Ostmark gedachte und visionär den von den Polen durch den Straßendreck geschleiften Friedrich den Großen vom Bromberger Denkmal im Triumphzug zurückgebracht zeichnete, da brach ein ungeheurer Jubel los. Zusammengefaßt sprach Oberbürgermeister Dr. Heydemann das Gelöbnis aus, daß wir alle einstehen wollen für des Vaterlandes Ehre und Freiheit und die Grenzlanddeutschen. An den Reichspräsidenten v. Hindenburg wurde von diesem Treuegelöbnis von West und Ost und Pommern ein Huldigungstelegramm gesandt.

Landesverband Westpreußen.

Der **Landesverband Westpreußen** hielt in Marienburg seine Jahreshauptversammlung ab. Nach Begrüßungsworten des Vorsitzenden der Ortsgruppe Marienburg, Oberpostinspektor a. D. Gruhn, leitete der L.-V.-Vorsitzende, Redakteur Dehler-Elbing, die Tagung mit längeren Ausführungen über die Gestaltung der gegenwärtigen Lage für den Ostbund ein und gab unter lebhafter Zustimmung der Versammlung dem Wunsch Ausdruck, daß zu den wichtigsten und brennendsten Punkten des Regierungsprogramms des neuen Reichskabinetts die Lösung des deutschen Ostproblems gehöre. Den Jahresbericht erstattete der Verbandsgeschäftsführer, Stadtobersekretär Willi Becker-Elbing. Den Kassenbericht legte Kaufmann Hans Holzmann-Elbing vor, der eine gewissenhafte und sorgfältige Kassengebarung nachwies. Auf Antrag des Kaufmanns Folda-Rosenberg wurde dem Gesamtvorstand Entlastung erteilt. Die Vorstandswahl gestaltete sich zu einer großen Vertrauenskundgebung für den Vorsitzenden, Herrn Dehler, der einstimmig als Vorsitzender wiedergewählt wurde. Ebenfalls einstimmig gewählt wurden Oberpostinspektor a. D. Gruhn als stellvertr. Vorsitzender, Stadtobersekretär Becker-Elbing als Verbandsgeschäftsführer und Kaufmann Folda-Rosenberg als dessen Stellvertreter, Kaufmann Holzmann-Elbing als Schatzmeister und Gutsbesitzer Fischer-Fabian als dessen Stellvertreter, Eisenbahnobersekretär Stoll-Elbing als Berater. In mehrstündiger Beratung wurden hierauf Organisationsfragen und das Arbeitsprogramm für das laufende Jahr behandelt und sonstige geschäftliche Angelegenheiten erledigt.

Landesverband Ostpreußen.

Die **Ortsgruppe Königsberg i. Pr.** hielt am 2. Februar ihre sehr stark besuchte Jahreshauptversammlung ab. Nach Begrüßung durch den Vorsitzenden, Pfarrer W. Willigmann, erstattete der Schriftführer, Obersteuersekretär Armgardt, den Jahresbericht. Verstärkte Werbearbeit im neuen Geschäftsjahr müsse die entstandenen Lücken wieder ausfüllen. Es folgte der Kassenbericht durch Bankrevisor i. R. Kelm, der einen günstigen Stand der Kasse zeigte. Nach dem Bericht der Kassenprüfer wurde Entlastung erteilt und dem Schriftführer sowie dem Kassenführer der Dank der Versammlung durch den Vorsitzenden ausgesprochen. Da der bisherige Schriftführer Armgardt nach neunjähriger dankenswerter Tätigkeit sein Amt wegen dienstlicher Arbeitsüberlastung niederlegte, wurde der Hausbesitzer August Baczko zum Schriftführer gewählt. Nach kurzer Pause wurde mit größter Aufmerksamkeit dem mit Lichtbildern verbundenen Vortrage des Mittelschulleiters Pahlke gelauscht. Der Vortragende teilte in der Einleitung interessante Wahrnehmungen auf seiner Reise nach Paris im Jahre 1931 durch das Saargebiet mit. Er ist der Überzeugung, daß bei der von uns geforderten Abstimmung die Saarländer geschlossen für Deutschland stimmen werden. Die vorgeführten Lichtbilder zeigten sehenswerte Gebäude, Kirchen Theater, u. a. auch den 300 m hohen eisernen Eiffelturm, jetzt Funkstation und Aussichtsturm, und Verkehrsstraßen. Der vorgerückten Zeit wegen wurde der Vortrag über die Umgegend von Paris auf eine spätere Sitzung verschoben. Zum Schluß berichtete der Geschäftsführer des Landesverbandes über den Inhalt des letzten Rundschreibens, insbesondere über die Notlage des evangelischen Kinderheims in Bromberg und schlug die Bewilligung einer Spende vor. Es wurde daraufhin beschlossen, von der Ortsgruppe, von der Frauendienstgruppe und vom Landesverband einen bestimmten Betrag dem Ostbund Berlin als „Kinderspende für Bromberg“ zu überweisen.

Landesverband Freistaat Sachsen.

Ortsgruppe Leipzig. Am 1. Februar fand im Vereinsheim „Südbräu“ die diesjährige ordentliche Hauptversammlung statt. Der Vorsitzende, Landsmann Dümke, begrüßte zur Eröffnung derselben die zahlreich erschienenen Mitglieder und gab im Anschluß hieran bekannt, daß in der letzten Vorstandssitzung wiederum 5 neue Mitglieder aufgenommen wurden. Sodann verlas der Vorsitzende den umfassenden Jahresbericht, der bei den Anwesenden lebhafte Anerkennung fand. Trotz der überaus schweren Krise im öffentlichen Leben kann die Ortsgruppe wiederum mit größter Befriedigung auf die Entwicklung im letzten Geschäftsjahre zurückblicken. In 12 Monatsversammlungen, einer Jahreshauptversammlung und 7 Vorstandssitzungen wurden die Belange und Interessen der Gruppe bearbeitet. Die guten Beziehungen zur Arbeitsgemeinschaft der grenzdeutschen Vereine in Leipzig wurden in jeder Beziehung gepflegt. Der großen Arbeitsgemeinschaft der Interessenvertretungen für den Ersatz von Kriegs- und Verdrängungsschäden wurde für ihre hervorragende Arbeit im letzten Jahre ganz besondere Anerkennung ausgesprochen. In den letzten Monaten wurden die Vereinstagungen durch unsere äußerst rührige Gesangsgruppe verschönt, dadurch wurde die Beteiligung an unseren Tagungen immer stärker. Der durch den Kassenführer, Herrn Giese, erstattete Kassenbericht bewies, daß sich auch die Kassenverhältnisse erfreulich entwickelt haben. Dem Kassenführer und dem Gesamtvorstand wurde einstimmig Entlastung erteilt. Bei der Neuwahl des Vorstandes wurde der gesamte bisherige Vorstand wiedergewählt. Er besteht aus folgenden Herren: Dümke, 1. Vorsitzender, Dr. Meister, 2. Vorsitzender; Giese, Kassenführer; Simon, Schriftführer und den Beisitzern: Schwarzführer, Kunze, Dr. Jolowicz und Schmidt. Herr Kunze erstattet nunmehr den Jahresbericht der Gesangsabteilung, die eine sehr erfreuliche Entwicklung aufweisen konnte.

Landesverband Sachsen-Thüringen.

Die **Ortsgruppe Gotha** hielt ihre Jahreshauptversammlung am 25. Januar bei Landsmann Simon ab. Trotz des kalten Wetters war der Besuch recht gut. Der 1. Vorsitzende, Landsmann Szlohse, begrüßte die Landsleute herzlich. Der Jahresbericht gab ein Bild reger Tätigkeit. Auch ein ostmärkischer Werbeabend ist abgehalten worden. Dabei hat Herr Leubner (Hauptschriftleiter des Gothaischen Tageblatts), ein guter Kenner der memelländischen Verhältnisse, den Hauptvortrag gehalten. Der Abend war von Erfolg: fünf neue Mitglieder meldeten sich sofort. Mit den Nachbargruppen Langensalza und Erfurt wurde Hand in Hand gearbeitet. Zum ersten Male seit dem Bestehen des Vereins wurde die Vereinsnadel für zehnjährige treue Mitgliedschaft verliehen, und zwar an 15 Mitglieder. Bei wichtigen Veranstaltungen beehrten uns der Landesverbandsvorsitzende, Herr Ferntheil, sowie eine stattliche Anzahl Mitglieder der Ortsgruppe Erfurt mit ihrem Vorsitzenden, Landsmann Kirchner, mit ihrem Besuch und hinterließen insbesondere durch die Aufführung eines Theaterstückes einen guten Eindruck in Gotha. Hierauf erstattete der 1. Kass., Landsmann Hesse, den Kassenbericht, der sich gegenüber dem Vorjahre günstiger gestaltet hat. Dem Kassierer und dem Gesamtvorstand wurde Entlastung erteilt. Der 2. Vors., Landsmann Paul Teske, und der 1. Schriftf., Landsmann Rietz, wurden wiedergewählt; an Stelle des Landsmanns Bahr wurde Landsmann Rietenbach als 2. Kassierer gewählt. In den Vergnügungsausschuß wurde Frau Karbanneck wieder- und der Jungmann Edwin Klatt neugewählt. Zum Schluß berichtete der 1. Vorsitzende über die am 18. Januar von der Ortsgruppe Erfurt veranstaltete, von ihm als Gast besuchte Reichsgründungsfeier und über die von echt ostmärkischem Geist beseelte Rede des Herrn Dr. Lüdtke, Berlin. Ein gemütliches Beisammensein beschloß den Abend.

Landesverband Hannover-Braunschweig.

Ortsgruppe Bielefeld. Am 1. Februar veranstaltete die Ortsgruppe im „Deutschen Hause“ einen Vortragsabend, zu dem auch Gäste von den befreundeten Heimatverbänden erschienen waren. Nach der Begrüßung durch den 2. Vorsitzenden sprach Herr Garteninspektor Huber von der hiesigen Ortsgruppe des Sudetendeutschen Heimatbundes über das Thema: „Sudetendeutschland in Vergangenheit und Zukunft“. Der Vortragende schilderte die Not seiner Landsleute in eindrucksvoller Weise und sprach zum Schlusse seiner Ausführungen die Hoffnung aus, daß auch die Sudetendeutschen zusammen mit den österreichischen Stammesbrüdern dereinst zum großen Deutschen Reiche gehören werden. Zahlreiche Lichtbilder ergänzten den lehrreichen Vortrag und gaben Zeugnis von der Schönheit der Landschaft und dem Reichtum der deutschen Kultur jenseits der tschechoslowakischen Grenze. Die wohlgelungene Veranstaltung hinterließ bei den Anwesenden das Gefühl tiefer Schicksalsverbundenheit aller Grenz- und Auslandsdeutschen und weckte den Wunsch, noch mehr als bisher mit den anderen Heimatverbänden zusammenzuarbeiten.

Landesverband Westfalen.

Die Ortsgruppe Wanne-Eickel hielt am 29. Januar im evgl. Vereinshaus ihre Jahreshauptversammlung ab, die außerordentlich stark besucht war. Der Vorsitzende Breitenbach gab einen Rückblick über das vergangene Jahr, das einen Aufstieg der Organisation brachte. Ganz besonders behandelte er den schweren Kampf des Deutschen Ostbundes um die Wiedergewinnung der geraubten Ostgebiete. Redner streifte die einschlägige Literatur der Feindbundmächte, vor allen Dingen die der Polen, und verlas markante Stellen aus dem Buche „Polen an der Arbeit“ von F. W. von Oertzen. Die Mitgliederstärke der Ortsgruppe hat sich auf der alten Höhe gehalten, der Frauendienst hat im verflossenen Jahre viel Gutes geleistet, die Jungschar ist an Mitgliederzahl die stärkste innerhalb des Landesverbandes. Die Bücherei der Ortsgruppe zählt annähernd 200 Bände und wird eifrig in Anspruch genommen. Den Geschäftsbericht erstattete der Schriftführer, Lehrer Radke. Er stellte fest, daß im Vorjahre zehn Monatsversammlungen und fünf Vorstandssitzungen stattgefunden hätten. An den Veranstaltungen des Landesverbandes haben Ortsgruppe und Jungschar regen Anteil genommen. Der Ortsgruppenkassierer Starck gab den Kassenbericht. Die Kassenrevisoren Jesse und Itzig berichteten über die Revision der Kasse und beantragten Entlastung, die durch einstimmigen Beschluß erfolgte. Die Vorstandswahl hatte folgendes Ergebnis: 1. Vors. Breitenbach, 1. Schriftf. Lehrer Radke, 1. Kass. Starck, 1. Beis. Gerth und Frau Elgert als 3. Beisitzerin wurden einstimmig wiedergewählt. Für die freigewordene 2. Beisitzerstelle wurde Postbeamter a. D. Jesse einstimmig gewählt. Die Ortsgruppenstatuten wurden mit den vorgeschlagenen Abänderungen einstimmig angenommen und bestätigt. Nunmehr hielt der Landesverbandsvorsitzende, Konrektor Makowski-Lünen, einen einstündigen Vortrag, in dem er ganz besonders die Anmaßungen der Polen geißelte. Erfreulicherweise erheben sich gerade in jüngster Zeit im Auslande Pressestimmen gegen die durch den Versailler Schandvertrag festgelegten, unhaltbaren Grenzen im Osten. Anschließend streifte der Redner die Siedlungstätigkeit des Deutschen Ostbundes. Auch am freiwilligen Arbeitsdienst beteiligte sich der D. O. Der Landesverband stelle zur Zeit eine geschlossene Arbeitsgruppe von 60 Leuten auf, die auf einem Siedlungsgut des Ostbundes Wegebau und sonstige Kulturarbeiten leisten soll. Der Redner begrüßte es, daß auch die Ortsgruppe Wanne-Eickel 12 junge Leute für diesen freiwilligen Arbeitsdienst stellt.

Mitteilungen aus der ostdeutschen Heimat.

Persönliches.

Amts- und Gemeindevorsteher i. R. Gehrke 91 Jahre alt.

Am 24. Februar begeht der frühere Amts- und Gemeindevorsteher Gehrke in Krowno, Kr. Pr.-Stargardt (Pommerellen), in selten geistiger Frische seinen 91. Geburtstag. Die Verdienste, die er sich in seiner Heimat während seiner langjährigen Tätigkeit erworben hat, sind weit über den Kreis Pr.-Stargardt bekannt, und an seinem Geburtstage wird sich mancher Ostmärker seiner lebhaft erinnern.

Lehrer i. R. Ernst Rutz †.

Am 8. Februar ist in Stolp (Pommern) der Lehrer i. R. Ernst Rutz (der Vater des Pfarrers Rutz in Ostrowo, der sich seinerzeit um die Erleichterung der Lage der von den Polen in dem berüchtigten Internierungslager Szczypiorno festgesetzten Deutschen sehr verdient gemacht hat) im Alter von 89 Jahren gestorben.

*

40jähriges Geschäftsjubiläum. Auf eine 40jährige Tätigkeit als Gastwirt konnte vor kurzem der Gastwirt Otto Winkler in Stendal, Elisabethstr. 7, zurückblicken. Von 1892 bis 1920 wohnte der Jubilar in Dobrogostowo, Provinz Posen; im Jahre 1920 ließ er sich in Stendal nieder. Winkler ist Gründer der Stendaler Ortsgruppe des Deutschen Ostbundes und war mehrere Jahre deren erster Vorsitzender. Als solcher hat er zahlreichen, gleich ihm verdrängten Ostmärkern gern und selbstlos geholfen.

Geboren: Eine Tochter dem Grafen Magnus Schack von Wittenau und seiner Frau, geb. Gräfin Schlieffen, Carlowice (Posen).

Silberne Hochzeit: Dampfmühlenbesitzer Max Fritz und Frau Marie, geb. Hinz, Müncheberg (Mark), Hauptstr. 29, früher Pudewitz, Kreis Posen-Ost, am 19. 2.

Goldene Hochzeit: Der Landwirt Julius Bernick und Frau Ernestine, geb. Haak, in Königswalde, Kreis Oststernberg, früher Nordheim, Kreis Posen-Ost, am 19. 2.

Bejahrte Ostmärker: Hermann Lutz, Oberwachtmeister i. R., Veteran von 1866, 1870/71, früher Wollstein (Posen), jetzt in Sagan, Rafusweg 1, am 24. 90 J.; Erziehungsdirektor Rudolf Seehofer, jetzt in Bad Salzbrunn, Eschenallee 2, früher Lehrer und Kantor in Osielsk, Kreis Bromberg, und Leiter des 6. Reichswaisenheimes in Bromberg-Bleichfeld, 70 J.; Rentier Meier Lewinsohn, früher in Kruschwitz (Posen), jetzt in Berlin, Heiligegeiststr. 35, bei seinem Schwiegersohne, dem früheren Dampfziegeleibesitzer Witkowski-Bromberg, am 1. 3. 90 J. (Kriegsteilnehmer von 1866 und 1870/71).

Gestorben: Lehrerwitwe Ernstine Mielke, früher Hohenhausen, Kreis Thorn, und Ruden, Kreis Flatow, bei ihrem Sohne, Lehrer Adolf Mielke, Charlottenburg, Königin-Elisabeth-Straße 53, I, am 3. 1., 88 J.; Landwirt Hermann Krüger in Ruda bei Rogasen, Bez. Posen, am 7. 2., 76 J.; der Sohn des 1. Vorsitzenden der Ortsgruppe Kassel, Herrn Pfarrer i. R. Pelz, Kassel, Wilhelmshöher Allee 71, früher Tuchel, Hans Jürgen Pelz, am 16. 2., einen Tag vor Vollendung seines 12. Lebensjahres; Frau Tapezierermstr. Minna Schmidt, geb. Vater, früher Posen, Breslauer Str. 19, am 15. 2., 73 J.; Stadtwachtmeisterswitwe Karoline Thews, geb. Zühlke, Bährenbruch und Bartschin (Kreis Schubin), jetzt Wittmund-Oldenburg, am 24. 1., 74 J.; Zollaufseher i. R. Gustav Wiesener in Liegnitz, früher Wreschen, am 7. 2., 80 J.; Frl. Margarete Dreger in Arnstadt (Thür.), die frühere langjährige Inhaberin und Leiterin des Dregerschen Lyzeums (ehemals Mogilowskische, später Schneidersche Lehranstalt), dem sie von 1889—1909 vorstand, nachdm sie das mit der höheren Töchterschule verbundene private Lehrerinnenseminar schon 1906 hatte auflösen müssen, am 16. 1., 80 J.

*

Aus der uns verbliebenen Ostmark.

Aus Ostpreußen.

Königsberg i. Pr. Vor längerer Zeit war, wie erinnerlich, die Subvention für das Königsberger Theater von der Stadtverordnetenversammlung abgelehnt worden. Es war von vornherein selbstverständlich, daß es trotz dieses aufsehenerregenden Beschlusses nicht so weit kommen würde, daß die Provinzhauptstadt ihre Bühne verliert. Die Subvention war abgelehnt worden, weil nach Auffassung der Oppositionsparteien nicht genügend Mittel für Wohlfahrtszwecke bereitgestellt worden waren. Nachdem der Magistrat nun die geforderten Mittel, insbesondere für Mietsbeihilfe, zur Verfügung gestellt hat, wurden auch die notwendigen 250 000 RM. für das Theater bewilligt.

Rastenburg. In Begleitung seines Jagdhundes ging ein Landwirt am Abend von Krausendorf nach dem Gut Georgenberg. Unterwegs stürzte er so unglücklich, daß er sich nicht erheben konnte. Dabei herrschte eisige Kälte. Der Hund lief zur Chaussee zurück und bellte dort die Vorübergehenden an, um sie auf seinen gestürzten Herrn aufmerksam zu machen. Einen Mann verfolgte der Hund sogar bis zu dessen Haustür, doch verstand der Mann nicht, was der Hund wollte. Schließlich lief das Tier zu dem Gasthaus zurück, von wo sein Herr den Heimweg angetreten hatte. Hier wurde man endlich auf das Heulen und Winseln des Hundes aufmerksam und folgte ihm. Man fand den Gestürzten schon nahezu steif gefroren vor, konnte ihn aber noch retten.

Aus der Grenzmark Posen-Westpreußen und der mittleren Ostmark.

Hammerstein. Bürgermeister Hübner, der 12 Jahre hindurch die hiesige Bürgermeisterstelle verwaltete, tritt am 1. April in den Ruhestand. Bei der Ausschreibung der hiesigen Bürgermeisterstelle haben sich insgesamt 138 Personen beworben, davon zwei Bewerber aus Hammerstein.

Meseritz. Die Klostermühle in Paradies, eine der ältesten Mühlen der Ostmark, hat ihren Betrieb stillegen müssen.

Frankfurt (Oder). Ökonomierat Dr. Schiftan hat in freundschaftlicher Vereinbarung mit der Leitung der Deutschen Volkspartei seine Beziehungen zur Parteiorganisation gelöst. Der Grund zu dieser Entscheidung liegt in der verschiedenen Beurteilung agrarwirtschaftlicher Fragen zwischen Dr. Schiftan und der DVP.

*

Aus der uns geraubten Ostmark.

Aus Posen.

Bromberg. Überfälle auf Kohlenzüge sind eine polnische Spezialität. Solche Überfälle sind seit Jahren an der Tagesordnung, zahlreiche Kohlendiebe sind dabei schon tödlich verunglückt, und ebenso hat es schon blutige Gefechte zwischen Polizei- und Eisenbahnbeamten einerseits und Kohlendieben andererseits gegeben, bei denen auch Menschen ums Leben kamen. Jetzt hat wieder einmal ein regelrechter Bandenüberfall auf einen Kohlenzug stattgefunden. Zwischen den Stationen Güldenhof und Jackschitz an der Strecke Bromberg—Hohensalza sprangen Kohlendiebe auf die Lokomotive eines Güterzuges, schlugen das Lokomotivpersonal nieder und brachten den Zug zum Stehen. 40 Mann machten sich dann daran, Kohlen in Säcke zu füllen und sie abzutransportieren. Als eine Streckenstreife, die wegen des Ausbleibens des Güterzuges ausgeschickt worden war, den Zug erreichte und das Lokomotivpersonal befreite, waren die Räuber verschwunden.

Bromberg. Im Bromberger Rathaus wurde im Dachgeschoß eine Reihe von Brandherden gefunden. Ein Raum war so weit in Flammen geraten, daß die Feuerwehr gerufen werden mußte. Der Täter ist offenbar über das Dach eingedrungen, hat alle Türen von innen verriegelt und verbarrikadiert, Feuer angelegt und hat sich dann durch eine Dachluke in Sicherheit gebracht. Über die Motive zu der Tat herrscht völliges Dunkel, da im Dachstuhl nur alte Akten lagerten.

Lissa. Am 16. Februar wurde die verwitwete Frau Karoline Jähner in Striesewitz, Kreis Lissa, 80 Jahre alt und mit ihr ihre Zwillingsschwester, verwitwete Frau A. Tscheuschner. Das Geburtstags-Zwillingspaar gehört zu einer altansässigen Familie im Kreise Lissa; Frau Jähner bewirtschaftet schon mehrere Jahrzehnte hindurch nach dem Tode ihres Mannes allein ihr Gut. Das Zwillingspaar erfreut sich trotz des hohen Alters noch großer körperlicher und geistiger Frische.

Aus dem Soldauer Land.

Soldau. Der Starost des Kreises Soldau, Montwill, ist auf Grund einer Verfügung des polnischen Innenministers in den Ruhestand versetzt worden.

Verantwortlich für die Schriftleitung: Dr. Otto Kredel, Berlin-Friedenau. — Verlag: Deutscher Ostbund E. V., Berlin. Einsendungen an die Schriftleitung, Berlin W. 30, Motzstraße 22 (Fernruf B 5 Barbarossa 9061). — Druck: Hempel & Co. G.m.b.H., Berlin SW. 68.